

DP

DEUTSCHE POLIZEI

08/21

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



kleine

Der GdP-Wahlcheck

Regierung gesucht





POLIZEI

In Kooperation mit der
**Gewerkschaft
der Polizei
(GdP)**

Ihre Polizeiversicherung PVAG – Freund und Helfer von Anfang an.

Durch Ihre Karriere bei der Polizei werden Sie sich in Zukunft intensiv mit dem Thema Sicherheit beschäftigen. Damit Ihre persönliche Absicherung nicht zu kurz kommt, bieten wir Ihnen mit der PVAG, unserer Polizeiversicherung mit der GdP, maßgeschneiderte Absicherung, Vorsorge sowie eine kompetente Rundum-Beratung. Von Profis für Profis. Informieren Sie sich jetzt.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de
www.pvag.de

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen



IN EIGENER SACHE

Bereits in der Juli-Ausgabe befasste sich DP mit der bevorstehenden Bundestagswahl. Es ging um die Verständlichkeit von Wahlprogrammen und die politische Kommunikation an sich.

Nun lassen wir die Protagonisten selbst zu Wort kommen. DP hat die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), von Bündnis 90/Die Grünen, der Freien Demokratischen Partei (FDP) und Die Linke zu einem „kleinen“ GdP-Wahlcheck eingeladen. Armin Laschet, Olaf Scholz, Robert Habeck, Christian Lindner und Janine Wissler haben bereitwillig unsere Fragen beantwortet. Wie gut die Dame und die vier Herren ihre von uns gestellte Aufgabe bewältigt haben, entscheiden Sie, sehr geehrte Leserschaft, bitte selbst. Apropos „kleiner“ GdP-Wahlcheck: In der September-Ausgabe steht dann der große Wahlcheck mit einem intensiven Blick in die Wahlprogramme an.

Wenn es ums Geld geht, vor allem das eigene, steigt das Interesse. Das ist bei Polizeibeschäftigten nicht anders. Vor allem Polizeibeamtinnen und -beamte dürften also beim Thema Polizeizulage aufhorchen. DP-Autor Sven Hüber hat sich mit dieser spezifischen Zahlung beschäftigt, die ihrem Rechtscharakter nach als Vergütung für besondere Anforderungen zu verstehen ist. Besonders aufgefallen ist dabei, dass da etwas nicht stimmt mit der Polizeizulage. Hüber spricht von der schleichenden Entwertung der Polizeiarbeit und verweist nachdrücklich auf einen wegweisenden Beschluss des GdP-Bundeskongresses 2018. Eine ernüchternde Bestandsaufnahme, ein aufrüttelndes Plädoyer.

Viel Lesevergnügen bei dieser Ausgabe wünscht

Michael Zielasko
DP-Chefredakteur

Innenleben

- 2 Schutz und Hilfe
- 3 Hoffentlich mehr als nur ein Modewort
- 12 Im Dialog mit Rechtspolitikern
- 20 Kampagne wertgeschätzt
- 22 Ablauf von Tarifverhandlungen
- 27 Willkommen an Bord

Titel

- 4 Der kleine GdP-Wahlcheck
- 11 Die Wahlprogramme zum Download

Im Gespräch

- 14 „Tief sitzendes Misstrauen gegenüber dem Staat“
- 24 Es kann nur um Verbesserungen gehen

Hingeschaut

- 18 AMBOSafe verspricht neue Präventionsansätze
- 32 Mobiles Arbeiten braucht Platz
- 36 Je jünger, umso akuter gefährdet
- 39 Radikalisierungsfaktor Musik

Hinterfragt

- 28 Die schleichende Entwertung der Polizeiarbeit
- 34 Die lernende Organisation

40 Impressum



IN EIGENER SACHE

GdP-Kreditkarte: DKB beendet Kooperation

Aufgrund geplanter Änderungen am Produktangebot hat die Deutsche Kreditbank AG (DKB) die bestehende Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zum 30. September 2021 gekündigt. Infolgedessen wird die DKB die GdP-Kreditkarte im bekannten Design nicht mehr fortführen. Zurzeit werden Verhandlungen mit weiteren Banken geführt, um GdP-Mitgliedern eine Alternative anbieten zu können. Über neue Entwicklungen zu diesem GdP-SERVICEangebot berichten wir in DP und den sozialen Medienkanälen der GdP. ■



NACH REDAKTIONSSCHLUSS

Schutz und Hilfe

Angesichts der Hochwasserkatastrophe Mitte Juli im Westen und Südwesten Deutschlands zeigte sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) entsetzt und fassungslos. Es komme in solchen Situationen darauf an, zuzupacken und den von der Flutkatastrophe betroffenen Menschen wirksam zu helfen, hatte der stellvertretende GdP-Bundvorsitzende Jörg Radek in einer Presseerklärung verdeutlicht. „Unsere Gedanken sind bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern, darunter auch Polizeibeschäftigte, die durch die Wassermassen in Not geraten sind und ihr Hab und Gut verloren haben“, sagte er und drückte zugleich sein tiefes Mitgefühl für die Angehörigen der den Wassermassen zum Opfer gefallenen Menschen aus.

Die Menschen in den Flutgebieten würden alle erdenkliche Hilfe benötigen, um wieder Hoffnung finden zu können. Hunderte Polizeikräfte hatten bereits zu diesem Zeitpunkt an der Seite der Feuerwehr, des

Deutschen Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerkes und der Bundeswehr sowie freiwilligen Helfern tatkräftig die Aufräumarbeiten unterstützt, wofür er im Namen der GdP „schon jetzt“ allen Einsatzkräften dankte.

Angesichts der dramatischen Lage hatte die GdP an die Bevölkerung appelliert, Katastrophentourismus dringend zu unterlassen. Die wichtigste Aufgabe der Polizistinnen und Polizisten in den überschwemmten Gebieten sei es, „diese Regionen abzusperren, Menschen aus den Gefahrenzonen zu bergen und verlassene Häuser vor möglichen Plünderungen zu schützen“, erklärte Radek.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf unbeherrschbare Schaulustige, die die Rettungsarbeiten in der Vergangenheit bei vergleichbaren Katastrophen schwer behinderten. „Statt Handyvideos aufzunehmen, sollten Gaffer sich lieber informieren, wo sie helfen können“, verdeutlichte der Gewerkschafter.

Kirchheim:
Nordrhein-westfälische
Einsatzkräfte schützen von
der Flut betroffene Stadt-
gebiete vor Plünderungen.

SIGNAL IDUNA ZU WERTSCHÄTZUNGSKAMPAGNE

Hoffentlich mehr als nur ein Modewort

Mit ihrer aktuellen Kampagne „100% Einsatz verdienen 100% Einsatz“ plädiert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für einen wertschätzenden Umgang miteinander. Die SIGNAL IDUNA unterstützt als langjährige Kooperationspartnerin die bundesweite Aktion finanziell und ideell. Die Bedeutung von „Wertschätzung“ kann nicht hoch genug angesiedelt werden.

Die GdP-Kampagne verfolgt ein wichtiges Ziel, denn jüngste Forschungen zeigen: Fehlt die Wertschätzung, fehlt nicht nur das Engagement. Auch die Krankenstände in Unternehmen lassen Rückschlüsse auf den Grad der jeweils gelebten Wertschätzung zu.

Richtig angewandte Wertschätzung kostet nicht viel, kann aber große Wirkung entfalten. Aktuelle Umfragen ergeben jedoch immer wieder, dass es hier eine deutliche Schere in der Wahrnehmung gibt. Während Führungskräfte zumeist davon überzeugt sind, zum Beispiel die Leistung ihrer Mitarbeiter anzuerkennen, kommt dies bei den Gelobten oft nicht an.

Wertschätzung ist nicht nur ein ausgesprochenes Lob, sondern ein Gesamtpaket, eine Haltung. Respekt, Interesse, ehrliche Anerkennung und Empathie sollten dessen weitere Inhalte sein. Wer wertschätzt ohne echte Überzeugung, lobt nach dem Gießkannenprinzip. Wer sich im Innern nicht für sein Gegenüber interessiert, wird dieses nicht erreichen. Und wahrscheinlich selbst auch keine Wertschätzung erfahren. Im schlimmsten Fall bewirkt so ein achtloses Lob sogar das Gegenteil und hinterlässt Frustration und Demotivation.

Mit VISION2023 durchläuft die SIGNAL IDUNA seit 2018 auf verschiedenen Ebenen einen tiefgreifenden Transformationsprozess. Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren ist die nachhaltige Weiterentwicklung der Unternehmenskultur. Wertschätzung ist

dabei fest im kulturellen Leitbild verankert. Wertschätzung ist folgerichtig auch einer von sechs Pfeilern des Führungsleitbildes, das die Führungs- und Unternehmenskultur prägt. Wertgeschätzte Mitarbeiter sind positive Botschafter ihres Unternehmens und geben dies an Kunden und Interessenten weiter. Sie schaffen es, einen Perspektivwechsel vorzunehmen und Produkte und Lösungen aus Kundensicht zu denken. Dem Kunden also zuzuhören und echter Dienstleister zu sein. Mit Überzeugung, Empathie und Kreativität.

Torsten Uhlig, SIGNAL-IDUNA-Vertriebsvorstand: „Damit wir motiviert sind, uns mit unserer Arbeit wohlfühlen, brauchen wir auch das Gefühl, nützlich und wichtig zu sein. Wer sich nicht wertgeschätzt fühlt, wird auf Dauer im schlimmsten Falle krank. So ist Wertschätzung zum Beispiel einer von sechs Pfeilern, auf denen das Führungsleitbild der SIGNAL IDUNA fußt. Wir wissen: Nur wer selbst Wertschätzung erfährt, kann selbst andere wertschätzen. Daher unterstützen wir aus voller Überzeugung die GdP-Kampagne „100% Einsatz verdienen 100% Einsatz“. ■



Ausschnitt aus DP/07/2021

Der GDP-Wahlcheck

7 Fragen an Spitzenkandidaten von CDU, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE



Armin Laschet

CDU

Armin Laschet wurde 1961 in Aachen geboren. Der Jurist arbeitete als freier Journalist, bevor er 1994 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Aktiv in der Landespolitik Nordrhein-Westfalens wirkt er seit 2005, von 2017 an als Ministerpräsident. 2021 wurde Laschet zum neunten Bundesvorsitzenden der CDU gewählt. Im April trat er die Kanzlerkandidatur der Union für die Bundestagswahl 2021 an. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Foto: CDU/Laurence Chaperon

„Die Union lehnt die Bürgerversicherung seit jeher ab.“



Olaf Scholz

SPD

Olaf Scholz ist seit März 2018 Bundesfinanzminister und Vizekanzler. Im August 2020 wurde er vom SPD-Bundesvorstand zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2021 nominiert. 1958 in Osnabrück geboren ist er in Hamburg aufgewachsen. Von 2007 bis 2009 war der Sozialdemokrat Bundesminister für Arbeit und Soziales und fungierte anschließend bis 2011 als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Von 2011 bis 2018 wirkte er als Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

Foto: Thomas Tuschel/Photothek

„Es geht nicht allein um mehr Wertschätzung, sondern auch um bessere Besoldung, moderneres Dienstrecht und bessere Arbeitsbedingungen.“



Robert Habeck

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Robert Habeck ist seit 2018 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Zuvor agierte er sechs Jahre als Minister in Schleswig-Holstein und vertrat den dortigen Ministerpräsidenten. Zuletzt leitete er das Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und Digitalisierung. Der Grünen-Spitzenkandidat bewirbt sich bei der bevorstehenden Bundestagswahl für das Direktmandat in seinem Heimatwahlkreis Flensburg-Schleswig.

Foto: Urban-Zinnel

„Jede Besoldungsstufe muss überall gleich viel wert sein.“



Christian Lindner

Freie Demokraten
FDP

Christian Lindner stammt aus Wermelskirchen in Nordrhein-Westfalen. Er studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie. Von 1997 bis 2004 war er Inhaber einer Werbeagentur sowie Mitgründer eines Internet Unternehmens. Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag wurde der Politiker 2013 zu deren Bundesvorsitzenden. Seit 2017 ist er Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und Spitzenkandidat seiner Partei.

Foto: FDP

„Der Staat muss weiterhin zu seiner Zusage stehen, Beamtinnen und Beamte im Alter ausreichend zu versorgen.“



Janine Wissler

DIE LINKE.

Janine Wissler ist seit Februar zusammen mit Susanne Hennig-Wellsow Vorsitzende der LINKEN. Von 2001 bis 2012 absolvierte sie ein Studium der Politikwissenschaften an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seit 2007 ist Wissler Mitglied der Partei DIE LINKE sowie im LINKE-Parteivorstand. Später amtierte sie als stellvertretende Vorsitzende. 2008 zog die Diplom-Politologin als Abgeordnete in den Hessischen Landtag ein, ein Jahr später übernahm sie den Fraktionsvorsitz der Linksfraktion.

Foto: Fraktion Die Linke/Hessischer Landtag


„An erster Stelle stehen für uns die Wiederherstellung einer bundeseinheitlichen Besoldung für alle Beamtinnen und Beamte und bessere Arbeitsbedingungen.“




1


Die GdP hat Ende April eine Wertschätzungskampagne für die Polizeibeschäftigten gestartet. Was werden Sie effektiv dazu beisteuern?


 **Laschet:** Polizistinnen und Polizisten riskieren jeden Tag viel für unsere Gesellschaft. Ihnen gebühren unser Dank und unsere Anerkennung. Wertschätzung bedeutet auch, dass die Polizei vernünftig ausgestattet wird. Hier wurde in der Vergangenheit schon viel umgesetzt: 2,5 Millionen Euro wurden zum Beispiel in den Schutz der Polizei investiert und 7.500 Polizisten und Richter neu eingestellt. Um Polizistinnen und Polizisten besser zu schützen planen wir die Mindeststrafe für tätliche Angriffe auf sechs Monate und für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft zu erhöhen und damit als Verbrechen einzustufen. Wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, soll eine Strafe bis zu zehn Jahren verhängt werden können. Auch die Ausrüstung wollen wir verbessern: Wir fordern die flächendeckende Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohnräumen. So können Einsatzsituationen beweissicher aufgezeichnet, Angreifer erkannt und Straftaten leichter verfolgt werden. Wir stehen an der Seite der Polizei und wollen die, die uns schützen, bestmöglich schützen.

 **Scholz:** Erstens: Ich finde die Kampagne sehr gut. Zweitens: Polizistinnen und Polizisten können sich auf meine Unterstützung verlassen – immer. Es geht mir um Respekt in der Gesellschaft. Mein Respekt vor ihrer Arbeit und ihrem Einsatz für den Rechtsstaat ist groß, dass wissen Sie. Ich finde im Übrigen, dass der Respekt gegenüber Polizistinnen und Polizisten noch stärker gelebt werden sollte. Es geht aber nicht allein um mehr Wertschätzung, sondern auch um eine bessere Besoldung, moderneres Dienstrecht und bessere Arbeitsbedingungen.

 **Habeck:** Ich habe immer mal Polizistinnen und Polizisten zum Beispiel auf Streife begleitet. Sie erzählen mir in der Regel offen von Problemen, Enttäuschungen und Erwartungen. Die teils scharfe öffentliche Debatte lastet auf ihnen, gepaart mit hohem Arbeitsdruck und dem Wissen um ihre Verantwortung. Daher: Wir sollten wegkommen vom Fingerzeigen und versuchen, den


Alltag der Polizistinnen besser zu verstehen. Und ja, Wertschätzung muss sich auch konkret in Gehalt und Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Wir machen uns daher für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage stark. Die Bundestagsfraktion der Grünen hat dies schon zweimal in der Legislaturperiode beantragt. Leider hat die Große Koalition den ersten Haushaltsantrag dazu ablehnt und die Behandlung des zweiten Antrages verhindert. Das hat mit Wertschätzung nichts zu tun.


 **Lindner:** Mir gefällt das Motto Ihrer Kampagne: „100 Prozent Einsatz verdienen 100 Prozent Einsatz!“ Die Polizistinnen und Polizisten in Deutschland stehen jeden Tag mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit für unser aller Sicherheit ein. Und dann müssen sie sich von einigen noch beschimpfen lassen oder werden unter Generalverdacht gestellt. Das ist für mich inakzeptabel. Respekt für die wichtige Arbeit muss sich auch in einer angemessenen Besoldung und einer modernen technischen Ausstattung ausdrücken.


 **Wissler:** Wir unterstützen als LINKE – auch in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl – ihre Forderungen nach einer besseren Wertschätzung der Arbeit der Beamten und Beamtinnen sowie aller Beschäftigten bei der Polizei und im öffentlichen Dienst. Dazu gehören neben Verbesserungen bei den Beamtengesetzen auch ein Tarifvertrag für alle, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und eine bessere Bezahlung der anstrengenden und verantwortungsvollen Arbeit. Personalmangel führt zu Überstunden und gesundheitlichen Belastungen. Um Überstunden bei der Polizei abzubauen, braucht es mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.


2


Die Polizei ist nach Auffassung der GdP in wesentlichen Bereichen wie Besoldung und Ausstattung eine Mehrklassengesellschaft. Wie und wo wollen sie mildernd einwirken?

 **Laschet:** Unsere Sicherheitsbehörden, insbesondere auch die Bundespolizei, haben wir personell, materiell und strategisch massiv gestärkt. Diesen Weg setzen wir konsequent fort. Wir haben erneut die Polizeizulage erhöht, und wir wollen die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage prüfen. Mit einer Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. In Nordrhein-Westfalen habe ich in meiner Regierungszeit zusammen mit Innenminister Herbert Reul schon viel bewegt. Gerade auch für die Bundespolizei sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen wichtig, um auch in Zukunft weiterhin qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen zu können.

 **Scholz:** Der öffentliche Dienst muss im Bund genauso wie in den Bundesländern ein attraktiver Arbeitgeber sein. Neben der bereits angesprochenen guten Bezahlung braucht es auch mehr Durchlässigkeit, als wir sie momentan erleben. Unsere Polizei wird überall gebraucht. Sie trägt einen wichtigen Teil bei zum Funktionieren unserer Gesellschaft.


 **Habeck:** Gute Arbeitsbedingungen sind zentral. Um ihre Aufgaben zu bewältigen, braucht die Polizei eine adäquate Ausstattung. Vor allem im digitalen Bereich ist eine Menge Luft nach oben. Die Besoldung, egal ob im Bund oder in welchem Bundesland auch immer, sollte einheitlich sein. Jede Besoldungsstufe muss überall gleich viel wert sein. Die Fehlentwicklung nach der Föderalismusreform 2006 gilt es umzukehren.


 **Lindner:** So wie CDU und FDP es in NRW umgesetzt haben: bedarfsgerecht mehr Neueinstellungen und massive Investitionen in eine bessere Ausstattung. Verantwortungsbereiche drücken sich im öffentlichen Dienst in der Besoldung aus. Insgesamt sollte aber stärker auch der persönliche Einsatz berücksichtigt werden. Unabhängig vom Dienstgrad hat die Polizei Anspruch auf die bestmögliche Ausstattung. Es kann nicht sein, dass manche aus eigener Tasche in ihre Ausrüstung investieren müssen. Hier hat der Staat eine Bringschuld.


 **Wissler:** Die Föderalismusreform und jahrelange Kürzungspolitik haben dazu beigetragen. Hier muss die Politik gegensteuern. An erster Stelle stehen für uns die Wiederherstellung einer bundeseinheitlichen Besoldung für alle Beamtinnen und Beamte und bessere Arbeitsbedingungen, auch um Burn-out und Konkurrenz der Bundesländer um Personal zu vermeiden. Zudem brauchen wir eine bessere Durchlässigkeit vom mittleren in den gehobenen Dienst. Auch die Digitalisierung ist eine Mammutaufgabe – hier fordern wir mehr Investitionen und entsprechendes Personal. Bei der Ausstattung sind wir offen für gemeinsame Beschaffungsvorhaben des Bundes und der Länderpolizeien – zu fairen Konditionen. Es darf nicht sein, dass sich wenige Unternehmen am öffentlichen Beschaffungswesen die Konten füllen.


3

Warum haben wir den Eindruck, dass manche Gesetzesvorhaben durch die Gremien gepeitscht werden, ohne ausreichend auf Praxistauglichkeit abgeklopft zu werden?

 **Laschet:** Wir wollen künftig gesetzgeberisch zurückhaltender sein. Es gibt in Deutschland eine Neigung, jeden Lebenssachverhalt, jedes neue Problem mit einem Gesetz regeln zu wollen. Davon müssen wir uns freimachen. Für jedes einzelne Gesetz mag es gute Gründe geben, in der Summe sind es jedoch zu viele. Weniger Gesetze bedeutet: mehr Zeit für jedes einzelne Gesetzgebungsvorhaben, praxistauglichere und gezieltere Regulierung sowie mehr Zeit für die Bundesministerien zur raschen Umsetzung. Im Deutschen Bundestag werden wir einmal pro Jahr in einer Umsetzungswoche den Fortschritt und die Wirkung unserer Gesetzgebung transparent machen. Und was die innere Sicherheit angeht, habe ich in der von mir berufenen Bosbach-Kommission natürlich auch Praktiker und Vertreter der Gewerkschaft beteiligt.

 **Scholz:** Der Eindruck täuscht, glaube ich. Wenn es um Themen der inneren Sicherheit geht, schätzen und brauchen wir die GdP als Ansprechpartner. Das vergangene Jahr war aufgrund der Corona-Situation sicherlich eine Ausnahmesituation. Polizistinnen und Polizisten wissen aber selbst nur zu gut, wie es ist, im Krisenmodus zügig und entschlossen agieren zu müssen – da läuft es manchmal nicht immer nach Plan.

 **Habeck:** Diesen Eindruck teilen wir. Wichtige Gesetzesvorhaben wie das Bundespolizeigesetz werden am Ende der Wahlperiode in einem der Sache nicht dienenden Tempo durchgezogen. Und dies, obwohl man in diesem konkreten Fall schon Jahre vorher den Reformbedarf konstatiert hat. Wir wollen, dass wichtige und grundsätzliche Initiativen möglichst gleich zu Beginn der Legislaturperiode eingebracht werden, um eine seriöse Befassung und Einbeziehung aller Betroffenen zu ermöglichen.

 **Lindner:** Bei den Corona-Beschlüssen auf Bundesebene hatte ich den Eindruck oft auch. Damit wird das Vertrauen der Menschen in die Politik gefährdet. Deshalb ist es wichtig, dass Gesetze in den Parlamenten beraten und beschlossen werden, auch unter Einbeziehung von Experti-



4

Die „Innere Sicherheit“ ist aus unserer Sicht meist ein mit Moos besetzter Punkt auf der „Bloß-nicht-vergessen“-Liste für das anstehende Wahlprogramm. Wo ist das Lebendige, wo sind die Perspektiven?

se und Praxiserfahrung von außen. Dafür gibt es die parlamentarischen Ausschüsse. Jetzt spiele ich den Ball aber mal zurück: Ich würde mich freuen, wenn mehr Polizistinnen und Polizisten für die Parlamente kandidieren und kann Sie nur ermutigen.

Wissler: Das mag damit zu tun haben, dass die vom Bundesinnenministerium festgelegten Fristen zur Stellungnahme für Gewerkschaften und Verbände zu kurz bemessen sind, sodass für eine umfassende Stellungnahme nicht ausreichend Zeit bleibt. Und oft werden die Einwände seitens der Gewerkschaften und Verbände von den Regierungsfractionen schlicht ignoriert. Auch die Mitbestimmung der Beschäftigten und Betroffenen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes wie Polizei, Bildung, Gesundheitsversorgung muss gestärkt werden. Dafür machen wir konkrete Vorschläge – unter anderem zur Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Personalräte in den Personalvertretungsgesetzen. Der öffentliche Dienst der Zukunft muss stärker, bürgernäher und demokratischer sein!

Laschet: Die Innere Sicherheit gehört für die Union traditionell zu einem der wichtigsten Politikfelder. Wir entwickeln unsere Programmatik ständig weiter und passen sie den Gegebenheiten an.

Scholz: Ohne innere Sicherheit keine freie und offene Gesellschaft, das ist ja wohl klar. Ein starker Staat, der Sicherheit für alle bietet, hat eine soziale Komponente. Es darf nicht am Bankkonto liegen, ob man sich in Deutschland sicher fühlt oder nicht. Otto Schily hat mal gesagt, „über Sicherheit redet man nicht, Sicherheit macht man“. Deshalb setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen und eine reibungslosere Verzahnung mit der Justiz.

Habeck: Der Schutz von Freiheit und Grundrechten ist zentral für unser demokratisches System. Und deshalb ist die innere Sicherheit integraler Bestandteil unserer Politik. In einer liberalen Demokratie ist es entscheidend, dass Menschen sich sicher fühlen können und darauf vertrauen können, dass staatliche Institutionen Gefahren mit rechtsstaatlichen Mitteln abwehren. Unsere Sicherheitspolitik folgt daher der Linie: das Schutzbedürfnis ernst nehmen, gezielt agieren, kein Generalverdacht gegen die gesamte Bevölkerung. Entsprechend haben wir kontinuierlich eigene Vorschläge für die „klassischen“ Sicherheitsthemen, Polizei und Geheimdienste, erarbeitet. Zudem erweitern wir die Sicherheitspolitik: Die IT-Sicherheit zum Beispiel braucht einen kräftigen Schub. Oder der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen.

Lindner: Mit Blick auf unsere Sicherheitsbehörden sagen wir ganz klar: Es ist Zeit für eine Föderalismuskommission III von Bund und Ländern, um Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Verfahren zu optimieren. Der Staat muss besser organisiert sein als das Verbrechen. Der Staat muss aber auch besser ausgestattet sein und über ausreichend Personal mit den erforderlichen Qualifikationen verfügen (zum Beispiel bei der Auswertung von elektronischen Beweismitteln). Dies ist aus unserer Sicht effektiver als eine Ausweitung der staatlichen Eingriffsbefugnisse.

Wissler: Wir wollen eine Polizei, die sich auf ihre Kernaufgaben in der Abwehr konkreter Gefahren und in der Strafverfolgung konzentrieren kann. Eine vielfältige, bürgerorientierte und transparente Polizei, die Kritik aus der Gesellschaft aufgreift und sich daran weiterentwickelt.

Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik. Mehr Sicherheit braucht mehr sozialen Zusammenhalt, Schutz vor Armut, mehr Sozialarbeit und einen starken Sozialstaat. Wir wollen ein verbindliches Recht auf kostenfreie Weiterbildung. Wir setzen uns für Vielfalt im öffentlichen Dienst und für Supervisionsangebote ein, die bei der Bewältigung belastender Arbeitserfahrungen helfen.

Wichtig ist für uns, eine solidarische Antwort auf die Krisen und Verunsicherungen in unserer Gesellschaft zu finden, die wir als wesentliche Ursache für steigende Gewaltbereitschaft sehen. Statt die Polizei am Ende die Scherben zusammenkehren zu lassen, sollte sich die Politik den gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt und Kriminalität zuwenden und Präventionsprogramme im umfassenden Sinne stärken.



5

Bei Begriffen wie Bürger- oder Erwerbstätigenversicherung schwant Beamtinnen und Beamten zu Recht Böses. Nehmen Sie uns die Sorge.

Laschet: Die Union lehnt die Bürgerversicherung seit jeher ab. Daran hat sich nichts geändert.

Scholz: Sprechen Sie mal mit den Hamburger Kolleginnen und Kollegen. Dort haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass sich auch Beamtinnen und Beamte freiwillig für die gesetzliche Krankenversicherung entscheiden können, ohne dass sie dabei schlechter gestellt sind. Das Ziel ist eine attraktive Bürgerversicherung für alle, ein leistungsfähiges solidarisch finanziertes Gesundheitssystem. Wie wichtig Gesundheit für den Einzelnen wie für die Gesellschaft als Ganzes ist, das hat uns die Pandemie sehr klar gezeigt.

Habeck: Ihre vorherige Frage nach der Mehrklassengesellschaft adressiert ja völlig zu Recht eine Ungleichbehandlung. Genau darum geht es uns bei der solidarisch finanzierten Bürgerversicherung, in der jede und jeder unabhängig von seinem Einkommen die Versorgung bekommt, die sie oder er braucht. Als ersten Schritt verbessern wir die Versorgung gesetzlich Versicherter. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich versicherter Beamtinnen und Beamte durch einen beihilfefähigen Tarif beenden.

Lindner: Die FDP steht für das Gegenteil: Wir wollen keine teure Einheitsversicherung, die zudem bestehende Verträge oder erworbene Ansprüche ignoriert. Der Staat muss auch weiterhin zu seiner Zusage stehen, Beamtinnen und Beamte im Alter ausreichend zu versorgen. Wir wollen Verlässlichkeit, gleichzeitig aber auch mehr Flexibilität und eine zukunftsfeste Finanzierbarkeit der Altersvorsorge. Eine verpflichtende Mitgliedschaft von Beamten in die gesetzliche Krankenversicherung lehnen wir ab.

Wissler: Das Prinzip einer solidarischen Finanzierung der Sozialversicherungen bietet klare Vorteile – auch für die meisten Beamten. Zwei Beispiele: Wir wollen eine stabile gesetzliche Rente auf einem Niveau wie in Österreich schaffen. Bei


der Pflegeversicherung wollen wir eine „Vollkasko-Versicherung“, die alle notwendigen Pflegeleistungen unbürokratisch übernimmt, orientiert an den individuellen Situationen und Bedürfnissen – ohne steigende Beiträge und ohne Eigenbeiträge. Hinzu kommt als Vorteil, dass Angehörige ohne Einkommen in der solidarischen Erwerbstätigenversicherung stets kostenfrei mitversichert sind, im Rahmen der beitragsfreien Familienmitversicherung. Die Länder und der Bund können zudem ihren Beamtinnen und Beamten weiter freie Heilfürsorge gewähren.


Im Übergang müssen für Beamtinnen, Beamte und andere miteinzubeziehende Gruppen wie Freiberufler, Abgeordnete und Selbstständige erworbene Anwartschaften geschützt bleiben. Außerdem steht Beamtinnen und Beamten ein dem Arbeitnehmeranteil entsprechender Vergütungsausgleich zu.





6

Mehr als zwei Drittel der Deutschen hat nach einer GdP-Umfrage Angst vor zunehmender Internetkriminalität. Forensische Ermittler werden von der Polizei seit Jahren gesucht, Fachleute entscheiden sich aber häufig für einen Arbeitsplatz in der Wirtschaft. Warum ist das so?

 **Laschet:** Hier müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit Polizei und Sicherheitsbehörden für Cyber-Experten zu einem attraktiven Arbeitgeber werden. Insgesamt gilt: Cybersicherheit ist nicht statisch. Ein Schutzniveau von heute ist kein Garant für eine erfolgreiche Abwehr der Angriffe von morgen. Wir werden daher fortwährend beurteilen, was notwendig ist, um angemessen auf die dynamischen Entwicklungen im Cyberraum zu reagieren.

 **Scholz:** Die Sorge vor Internetkriminalität teile ich. Das berührt das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Unser Anspruch ist ganz klar: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, auch im Internet gelten Regeln, und sie müssen konsequent durchgesetzt werden. Es braucht das gleiche Strafverfolgungs- und Schutzniveau wie in der analogen Welt. Natürlich braucht es dafür Fachleute. Und IT-Fachleute sind gerade sehr gefragt, weshalb es so wichtig ist, dass der öffentliche Dienst auch attraktiv genug ist. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe von Bund und Ländern.

 **Habeck:** Der Polizeiberuf muss noch attraktiver gestaltet werden. Wir brauchen eine angemessene Ausstattung, gerade auch im Digitalen, gute Arbeitsbedingungen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und gute Entlohnung. Im Bereich der Bekämpfung der Internetkriminalität werden wir auch die Quereinstiegsmöglichkeiten verbessern müssen sowie die polizeiliche Aus- und Fortbildung. Wenn alle Parameter stimmen, können wir dringend benötigtes, gut qualifiziertes Personal für die Polizei gewinnen.


 **Lindner:** Die technische Infrastruktur ist in vielen Behörden leider noch nicht attraktiv genug. Dienst- und Karrierewege sind oft kompliziert und leistungshemmend. Dazu kommen starre Pensionsregelungen, die junge Menschen davon abhalten, eine bindende Lebensentscheidung zu treffen. Deshalb wollen wir den Wechsel zwischen der Privatwirtschaft und dem Öffentlichen Dienst vereinfachen, etwa durch eine Ausweitung des Altersgeldes. Und wir


setzen uns für eine eigene Laufbahn für IT-Fachkräfte ein. So kann man die besonderen Anforderungen an die Beamten, aber auch deren Ansprüche an den Dienstherren angemessen berücksichtigen.


 **Wissler:** Hierfür gibt es ein Bündel an Ursachen. Ganz zentral geht es schlicht um Geld: Fachleute für forensische IT-Analyse haben in der Wirtschaft deutlich höhere Einstiegsgehälter als bei der Polizei. Der Staat wird bei den Gehältern alleine niemals konkurrenzfähig sein, das wäre auch sozial ungerecht gegenüber anderen Beschäftigten in der Polizei und im öffentlichen Dienst. Aber attraktive Arbeitsbedingungen würden helfen. Ablauforganisationen müssen flexibler werden und Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Die Vorzüge des öffentlichen Dienstes müssen gestärkt und weiterentwickelt werden durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf, berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung, Mitbestimmungsrechte und gute Arbeitsbedingungen.


7

Wir glauben, die Digitalisierung in allen Bereichen auf die Überholspur zu bringen, muss „Chefsache“ sein. Wie fangen Sie das an?


 **Laschet:** Wir müssen und werden die Digitalisierung in allen Bereichen voranbringen. Das gilt insbesondere für die Verwaltung. Digital wird das neue Normal. Wir werden die Digitalisierbarkeit von Gesetzen an den Anfang stellen und einen Digital-TÜV vor die Gesetzesberatung setzen. Die zentrale Koordination dafür wird unter meiner Verantwortung das neue Digitalministerium übernehmen.

 **Scholz:** Zustimmung! Digitalisierung muss endlich Chefsache sein. Deshalb habe ich sie zu meinen vier „Zukunftsmissionen“ für unser Land gemacht. Die Richtung und das Ziel – das muss Chefsache sein. Gleichzeitig braucht es die Anstrengung auf allen Ebenen. Ich möchte, dass es jede Bürgermeisterin, jeder Schulleiter als ihr Problem empfindet, wenn die Schule oder die Stadtverwaltung nicht ordentlich am Breitbandnetz angeschlossen ist und sich kümmert – sonst helfen all die Förderprogramme nichts. Also: Wir sind alle bei der Zukunftsmission Digitalisierung gefragt. Denn wir werden in den nächsten Jahren einen modernen und bürgernahen Staat aufbauen, der allen Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen Zugang zu seinen Dienstleistungen bietet. Dazu braucht es die schnelle Infrastruktur und bezahlbaren Netzzugang für alle. Denn auch hier geht es darum, zusammenzuführen, nicht zu spalten.

 **Habeck:** Auch die Digitalisierung lag viel zu lange brach. Das gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche, aber eben auch für die Polizei. Ein zentrales Anliegen wäre mir, die Grundanliegen die mit „Polizei 2020“ adressiert wurden endlich umzusetzen. Denn es kann nicht sein, dass Bundes- und Länderpolizeibehörden mit unterschiedlichen Systemen teilweise aneinander vorbei operieren. Diese Missstände müssen entschlossen abgestellt werden.

 **Lindner:** Da stimme ich Ihnen zu. Es gibt in Berlin mehr Digitalbeauftragte als Sendemasten, aber nirgendwo wird entschieden und umgesetzt. Deutschland hat den digitalen Corona-Stresstest nicht gut bestanden. Das haben wir in den Gesund-

heitsämtern und Schulen gesehen. Wir wollen mit einem Bundesministerium für digitale Transformation Deutschland auf allen Ebenen und in allen Bereichen nach vorne bringen. Das Wort „Funkloch“ muss aus dem Sprachgebrauch verschwinden. Dringend muss auch die Digitalisierung der Polizei vorangetrieben werden. Hierzu muss insbesondere gemeinsame Polizei-IT entwickelt werden. Es bedarf einheitlicher Kommunikations- und Messenger-Standards sowie entsprechender technischer Ausstattung von Polizistinnen und Polizisten. Nach unserem Ansatz „Smart Police“ wird hierdurch nicht nur die Strafverfolgung verbessert, sondern das Personal auch erheblich entlastet.

 **Wissler:** Für DIE LINKE ist Digitalisierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich durch fast alle Lebens- und Arbeitsbereiche zieht. Niemand darf abgehängt werden. Um endlich beim Breitbandausbau und dem Mobilfunknetz, bei der Digitalisierung in Schulen und in der Verwaltung aufzuholen, brauchen wir nicht nur schöne Worte und bunte Regierungswebsites, sondern endlich die nötigen Ressourcen. Wir wollen deshalb den Netzausbau mit Investitionen von zehn Milliarden Euro jährlich in ganz Deutschland fördern.



Die Wahlprogramme

zum Download

CDU/CSU	SPD	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE
				
<p>Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland</p> <p>PDF, 140 Seiten</p>	<p>Das Zukunftsprogramm. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.</p> <p>PDF, 66 Seiten</p>	<p>Deutschland. Alles ist drin.</p> <p>PDF, 114 Seiten</p>	<p>Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten</p> <p>PDF, 91 Seiten</p>	<p>Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!</p> <p>Entwurf, 148 Seiten. Endgültige Fassung bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht</p>
				

Foto: gettyimages.com

ANZEIGE

EXKLUSIV FÜR SIE

ALS GDP MITGLIED

5% RABATT AUF IHREN NÄCHSTEN EINKAUF BEI CONRAD!

1. GdP Plus Seite besuchen
2. Auf Conrad Kachel klicken
3. Exklusive Vorteile sichern!

*Nur für Privatkunden. Gültig bis 31.12.2021 auf conrad.de oder in Ihrer Filiale. Nicht gültig für Artikel der Marken Apple, Amazon, DJI und Sonos, Prepaid-/ Geschenkkarten, DVDs/ Blu-rays, Bücher und Kundenkarte PLUS+. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen, pro Artikel max. 3 Stück. Nicht mit anderen Vorteilscodes kombinierbar.

Ein Angebot der Conrad Electronic SE, Conrad Electronic Stores GmbH & Co.KG (Angebot gilt nicht für Conrad B2B Shop Köln-Hürth), Conrad Electronic Regensburg GmbH & Co.KG und der Conrad Electronic Wernberg GmbH, alle Klaus-Conrad-Str. 1, 92240 Hirschau.

CONRAD

BESCHAFFUNG. EINFACH. SCHNELL. UMFASSEND.

Innenleben

POLITISCHE GESPRÄCHE

Im Dialog mit Rechtspolitikern

Michael Zielasko

Besoldung vereinheitlichen

Zum Auftakt einer Gesprächsreihe mit rechtspolitischen Sprechern von Bundestagsfraktionen tauschten sich Mitte Juni der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jörg Radek und Friedrich Straetmanns, MdB, Justiziar der Fraktion DIE LINKE, über aktuelle rechtspolitische Themen aus.

Digital erörterten der Politiker und der Gewerkschafter unter anderem die Frage, wie man mehr Menschen für die Demokratie begeistern könne. Die müsse spannender werden, indem man die Beteiligung der Menschen stärke, beispielsweise über Demokratieräte, verdeutlichte Straetmanns, selbst langjähriger Kommunalpolitiker und Sozialrichter.

Der-Linken-Politiker mahnte im Weiteren die Qualität der Gesetzgebung vor dem Hintergrund der praktischen Umsetzbarkeit an und schlug vor, Gesetzesvorhaben intensiver daraufhin abzuklopfen. Radek und Straetmanns zeigten sich einig in der kriminalpräventiven Wirkung eines starken Sozialstaates. Der GdP-Vize sprach sich zudem für eine spürbar stärkere Würdigung der Opferperspektive in Strafverfahren aus.

Straetmanns unterstützte die GdP-Forderung nach einem Ende des föderalen Besoldungsflickenteppichs. Dieser Zustand sei nicht akzeptabel, sagte er. Zwar seien Zulagen in Hochpreisregionen vertretbar, die Besoldung jedoch müsse bundesweit einheitlich sein. ■



Linke-Politiker Friedrich Straetmanns (l.) im Gespräch mit GdP-Vize Jörg Radek.

Foto: Zielasko

Justiz digitalisieren



Foto: Zielasko

Mit Dr. Jürgen Martens, MdB, rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Freien Demokraten (FDP), traf GdP-Vize Jörg Radek Ende Juni in Berlin auf einen weiteren Vertreter der Oppositionsparteien. Der ehemalige sächsische Justizminister skizzierte die FDP-Pläne reformierter Verfassungsschutzstrukturen. Dem Trennungsgesetz zwischen Nachrichtendiensten und Polizei wies er eine verfassungshistorisch sowie funktionale Bedeutung zu, es dürfe jedoch für die aktuelle, auch internationale Lage nicht mehr prägend sein. Man müsse zu einem vernünftigen, „kalibrierten“, womöglich an einem Straftatenkatalog wie den Paragrafen 100a Strafprozessordnung angelehnt orientierten Austausch der Erkenntnisse kommen. Auf die bundesweiten Beamtenbesoldungsunterschiede angesprochen, zeigte Martens Verständnis für die GdP-Forderung der Wertschätzungskampagne. Die unterschiedliche Finanzsituation der Länder stehe aber einer Angleichung im Wege. Erhebliche Optimierungsbedarfe sieht der Politiker bei der Digitalisierung der Justiz. Ein Beispiel: Zigtausende Strafsachen mit unbekanntem Tatverdächtigen könnten nahezu ausschließlich digital abgearbeitet werden. Er sehe zudem den Bund in der Pflicht, sich an der Digitalisierung der Sicherheitsbehörden zu beteiligen.

Beide Gesprächspartner äußerten die Hoffnung, dass der von der Großen Koaliti-



on vereinbarte „Pakt für den Rechtsstaat“ Nachhaltigkeit entfalte. Martens mahnte den Gesetzgeber, sich über die Tragweite legislativer Entscheidungen rechtzeitig Gedanken zu machen. Oft sei nicht klar, welcher großer Arbeitsaufwand der Exekutive dadurch aufgebürdet würde.

Weitere Themen waren die Videoaufzeichnung von Strafverfahren und die Diskussion über das Abschwächen von Straftaten wie die Beförderungerschleichung zu Ordnungswidrigkeiten. Aus FDP-Sicht sei dies zwar vorstellbar, jedoch seien die Unternehmen in der Pflicht, das „Schwarzfahren“ durch technische Hürden zu unterbinden. Würden diese Hürden bewusst überwunden, müsse dies allerdings wieder als Straftat bewertet werden. ■

Respektlosigkeiten bestrafen

Mit dem politischen Angebot, Respektlosigkeiten und Schmähungen gegen die Polizei in der nächsten Wahlperiode offensiv anzugehen, endete das Gespräch der GdP-Vizes Jörg Radek und Dietmar Schilff mit dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Johannes Fechner, Anfang Juli. In der Videoschleife verdeutlichte Fechner, ihn beschäftige es sehr, ob es gesetzgeberisch gelingen könne, Respektlosigkeiten unterhalb der Strafbarkeitsschwelle mit einem Bußgeld für ungebührliches Verhalten gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten zu belegen.

Vor dem Hintergrund der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit müsse detailliert über eine praxistaugliche Definition dieses möglichen Tatbestandes gesprochen werden, so der Politiker. Angedacht seien zudem stärkere schulische Präventionsmaßnahmen. Mit Blick darauf sprach Schilff eine engere Verzahnung von Bildung und innerer Sicherheit an. Diese Konsensklammer führe generell zu einer effizienteren Kriminalprävention.

Ebenso auf Wiedervorlage nach der Bundestagswahl sind Fechner zufolge Beratungen über einen Strafgesetzbuchparagrafen, der auf das Locken von Einsatzkräften in einen Hinterhalt zielt. Aus Zeitgründen sei man mit der Union jedoch nicht mehr zu einem Ergebnis gekommen. Der Sozialdemokrat zeigte sich überzeugt, dass der von der jetzigen Regierung geschlossene Pakt für den Rechtsstaat durch einen zweiten erneuert und ausgeweitet werden müsse.

Angesichts weiterer von der Koalition noch vor der Wahl geschlossener Strafbarkeitslücken würde die Aufgabenfülle für die



Videokonferenz der GdP-Vizes Jörg Radek und Dietmar Schilff (l.o.) mit dem rechtspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Johannes Fechner (r.u.).

Polizei und die Justiz erneut zunehmen. Daher benötigten die Behörden spürbar mehr Personal sowie finanzielle Unterstützung.

Weitere Themen des Meinungsaustausches waren die Folgen der Pandemie für die Haushalte in Bund und Ländern, die von der GdP in Gang gebrachte Initiative für einen verbesserten Dienstunfallschutz bei Infektionen mit dem Coronavirus sowie Forderungen der GdP-Wertschätzungskampagne „100für100“. Bund und Länder müssten trotz der finanziellen Belastungen der Krise ihre Versprechen an die Sicherheitsbehörden halten, bekräftigte Radek. ■

ANZEIGE

**Exklusive Rabatte
auf Internet & Festnetz
für GdP-Mitglieder**



Im Gespräch



DIE CORONAKRISE UND DIE NETZWERKE DER DEMOKRATIEFEINDE

„Tief sitzendes Misstrauen gegenüber dem Staat“

„Fehlender Mindestabstand“: Ein 40-köpfiges Rekercheteam dokumentiert im gleichnamigen Sammelband die Verbindungen von Corona-Leugnern zur rechten Szene. DP-Autor Thomas Gesterkamp spricht mit Mitherausgeberin Heike Kleffner.

Thomas Gesterkamp

DP: Frau Kleffner, was hat Sie motiviert, dieses Buch zu machen?

Heike Kleffner: Es ist zu befürchten, dass aus dieser Bewegung von Rechtsextremisten, Verschwörungsgläubigen und Staats- und Demokratiefeinden die nächste Generation des Rechtsterrorismus entstehen wird. Von Anfang an waren die Aufmärsche von gezielten Regelverstößen und gewalttätigen Angriffen auf Polizisten, Journalisten und Gegendemonstranten geprägt. Dazu kamen militante Aktionen wie die Brandanschläge etwa auf das Rathaus von Delmenhorst, Sprengsätze gegen das Robert-Koch-Institut, massive Sachbeschädigungen in Impfzentren und Drohkampagnen, die mancherorts

dazu geführt haben, dass Kommunalpolitiker oder Leiter von Gesundheitsämtern unter Polizeischutz arbeiten mussten. Gerade jetzt, wo der Protest abflaut, könnte er sich weiter radikalisieren.

DP: Warum?

Kleffner: Wir sehen das in den USA: Dort sagen 20 Prozent der sogenannten QAnon-Bewegung ganz offen, dass sie sich bewaffnen wollen, um am Tag X gegen das verhasste „System“ vorzugehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass in den Telegram-Kanälen der Corona-Leugner, die Zehntausende Menschen täglich erreichen, über Monate hinweg zum Sturz der „Merkel-Diktatur“

und zu Gewalttaten gegen Wissenschaftler und Journalisten aufgerufen wurde. Rechte Mobilisierung auf der Straße und Hasskampagnen im Netz können dazu führen, dass sich Neonazis ebenso wie polizeilich eher unauffällige Täter legitimiert fühlen, gegen ihre Feindbilder Waffen einzusetzen. Wir haben das in den letzten Jahren schmerzlich erfahren müssen, beim Attentat auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wie bei den Morden von Halle und Hanau.

DP: Was war das Ziel Ihrer Recherchen?

Kleffner: Wir wollten ausleuchten, wie die zunehmende Radikalität der Leugnerbewegung und die Normalisierung von Verschwörungserzählungen, Wissenschaftsfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus entstanden sind. Wir wollen aufklären darüber, welche Netzwerke, welche gesellschaftlichen Milieus und ungewöhnlichen Allianzen dort zusammengekommen sind. Und beschreiben, wie sich durch diese Bewegung, die Regelbrüche, unsolidarisches Verhalten gegenüber Risikogruppen und überbordenden Hass auf den Staat zum Prinzip erklärt hat, die Koordinaten politischen Handelns und gesellschaftlichen Zusammenlebens verschieben.

DP: Die Proteste gegen die staatliche Corona-Politik wirkten vor allen Dingen zu Beginn der Pandemie sehr heterogen. Kann man all diese Menschen pauschal dem rechten Milieu zuordnen?

Kleffner: Der Soziologe Oliver Nachtwey hat in einer Untersuchung festgestellt, dass ein Teil der Demonstrierenden eher in grünen und alternativen Milieus sozialisiert wurde, dann aber im Schnelldurchlauf rechte und rechtsextreme Positionen übernommen hat. Neben klassischen Akteuren wie militanten Neonazi-Kameradschaften, Hooligans und Reichsbürgern gibt es in der Bewegung auch Leute, die die Pandemie verharmlosen, sich aber selbst im liberalen oder linksliberalen Milieu verorten: Esoterikerinnen, Impfgegner oder Anhängerinnen von Alternativmedizin und Anthroposophie. Diese auf den ersten Blick ungewöhnlichen Allianzen eint ein tiefsitzendes Misstrauen gegen Institutionen des demokratischen Rechtsstaats bis hin zu offener Staatsfeindschaft, zudem eine große Entfremdung von den traditionellen, etablierten Volksparteien. Auf ideologischer Ebene sehen wir Antisemitis-



Gewerkschaft
der Polizei



Das junge Girokonto¹

Extrem flexibel.
Auch auf lange Sicht.

- ✓ **0,- Euro fürs Girokonto¹**
Kostenfrei enthalten:
Kontoführung und girocard
(Ausgabe einer Debitkarte)¹
- ✓ **Weltweit gebührenfrei²
Geld abheben**
mit der kostenfreien Visa DirectCard²
(Ausgabe einer Debitkarte)



150,-^{Euro}
Jubiläumsprämie³



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de



www.bbbank.de/gdp

Folgen Sie uns



¹Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. ²36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren bonitätsabhängig möglich. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres 0,- Euro p. a. danach 18,- Euro p. a. Voraussetzung: BBBank-Junges Konto. ³Voraussetzungen: Die Jubiläumsprämie von 150,- Euro setzt sich aus einem befristeten Jubiläumsbonus in Höhe von 100,- Euro und einem unbefristeten Startguthaben für GdP-Mitglieder in Höhe von 50,- Euro zusammen. Voraussetzungen für den Jubiläumsbonus: Eröffnung BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.08. und dem 30.09.2021, Neumitglied ab 18 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Voraussetzungen für das Startguthaben: BBBank-Junges Konto; Genossenschaftsanteil 15,- Euro/Berechtigter Personenkreis Mitglieder der GdP und deren Angehörige. Die Auszahlung erfolgt in 2 getrennten Buchungen und kann bis zu 4 Wochen dauern.

mus, Verschwörungsnarrative und eine verkürzte Kapitalismuskritik, die sehr schnell auf Stereotype zurückgreift. Wenn Menschen aus dem alternativen Esoterik-Spektrum ohne jeden Protest neben einer Gruppe Neonazis demonstrieren, die den antisemitischen Corona-Song der Neonaziband „Zillertaler Virenjäger“ spielen, dann diagnostizieren wir eben „fehlenden Mindestabstand“.

DP: „Warum ‘Querdenken’ eine Stuttgarter Vorwahl hat“ heißt ein Beitrag im Buch. Aus diesem Bundesland kommen überdurchschnittlich viele der Demonstrierenden – und es gibt dort offenbar eine lange Tradition von Impfgegnerschaft.

Kleffner: Der Schulterschluss aus dem grünbürgerlichen Milieu mit Reichsbürgern und militanten Neonazis gelingt über Feindbilder wie „Regierung“ oder „Staat“. Im deutschen Südwesten gibt es schon seit den 1980er-Jahren ein substanzielles Wählerpotenzial für offen rechte Parteien. Die Republikaner waren hier traditionell stark, der Stuttgarter Landtag war das erste westdeutsche Parlament, in das die AfD eingezogen ist. Hier mischt sich ein Eliten- oder Wohlstands-Rassismus mit antimodernen Traditionen von Anthroposophen und Pietisten.

DP: Auffällig vor allem während der zweiten Infektionswelle im vergangenen Winter waren die hohen Inzidenzen in einigen Regionen Ostdeutschlands, etwa im Thüringer Wald, im Erzgebirge oder in Ostsachsen. Sehen Sie einen Zusammenhang zu einer dort häufiger als anderswo zu beobachtender Haltung, die sich etwa dem Maskentragen oder Abstandhalten verweigert?

Kleffner: Wir haben beobachtet, dass der offene Regelbruch zum „Widerstand“ in der Tradition der DDR-Bürgerrechtsbewegung stilisiert wurde. Das basiert auf seit dem Mauerfall aktualisierten Ressentiments gegen „die Staatsmacht“ – unabhängig davon, ob es sich um die SED oder um eine demokratisch gewählte Regierung handelt. In diesen Regionen, in denen ein Fünftel der Menschen seit zwei Legislaturperioden mit der AfD eine Partei wählen, deren führende Funktionäre vom Systemsturz nicht nur träumen, sondern diesen offen propagieren und mit Neonazis kooperieren, hat nicht nur die Corona-Leugner-Bewegung leichtes Spiel.



Heike Kleffner, Matthias Meisner (Hg.), **FEHLENDER MINDESTABSTAND. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde**

Herder Verlag, Freiburg 2021, 352 Seiten, 22 Euro, ISBN 9783451390371

DP: Die Ansteckungen in diesen Regionen könnten auch etwas mit der Grenznähe zu tun haben. Mehrere Texte in Ihrem Band nehmen eine internationale Perspektive ein, berichten zum Beispiel aus Österreich, Tschechien, Frankreich oder den USA. Was war und ist dort anders?

Kleffner: In den Vereinigten Staaten hat die rechtsradikale QAnon-Bewegung schon 2017 begonnen, über digitale Medien gezielt Verschwörungsnarrative und Desinformationen insbesondere gegen die Demokratische Partei in Umlauf zu bringen, um den inzwischen abgewählten republikanischen Präsidenten Donald Trump als Retter zu inszenieren. Nach Befragungen glaubt inzwischen ein Viertel der US-Bürger an Verschwörungserzählungen. Der Einfluss von Gruppen wie QAnon ist damit fast so groß wie der von großen Religionsgemeinschaften. In Österreich waren die Proteste ebenso von Anfang an durch die extreme Rechte dominiert, sie boten eine Spielwiese und Bühne auch für deutsche Neonazis und AfD-Anhänger.

DP: „Corona-Rebellen“ vor allem aus Bayern nutzen den Namen der Münchner Widerstandskämpferin Sophie Scholl für ihre Zwecke. Wie beurteilen Sie das?

Kleffner: Diese Leute wollen sich durch die Aneignung der Person Sophie Scholl selbst erhöhen. Sie stellen ihren Regelbruch und

ihre Rücksichtslosigkeit damit auf eine Stufe mit dem Widerstand gegen das mörderische NS-Regime. Das ist eine gefährliche Verharmlosung des Nationalsozialismus, letztlich muss hier mit politischer Bildung entgegengewirkt werden.

DP: Das Buch beginnt mit einem Geleitwort von Josef Schuster, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Warum?

Kleffner: Antisemitismus ist ein zentrales und verbindendes Ideologeelement bei den Protesten. Dabei gibt es einen Rückgriff auf antisemitische Vorurteile des Mittelalters, wo Juden und Jüdinnen als „Brunnenvergifter“ bei Seuchen verfolgt wurden. Im frühen 19. Jahrhundert entstand dann das Bild des „gesunden Volkskörpers“, das den Weg für den nationalsozialistischen Massenmord bereitete. Wir beobachten derzeit eine Normalisierung von antisemitischen Narrativen, wenn zum Beispiel wieder offen von einer vermeintlichen „jüdischen Weltverschwörung“ oder der „Macht des Ostküsten-Kapitals“ die Rede ist.

DP: Ein wichtiges Thema des Buches ist das Entstehen neuer Netzwerke innerhalb des rechten Milieus. Wer hat sich mit wem verbündet?

Kleffner: Rechtsextremisten suchen sich immer neue Einfallstore, um ihr Gedankengut zu verbreiten. Die Pandemie hat ihnen dafür Möglichkeiten eröffnet. Dies gilt für Neonazis aus dem Spektrum der militanten Kameradschaften ebenso wie für die Reichsbürgerszene, die Identitäre Bewegung und das wachsende Spektrum rechter Influencerinnen und Pseudo-Journalisten. Die AfD hat sich in Kommunalparlamenten, in Landtagen und im Bundestag als eine Art parlamentarischer Arm der Straßenproteste inszeniert. Parteimitglieder meldeten an vielen Orten in Ostdeutschland Demonstrationen an, zeigten sich an der Spitze von Kundgebungen der Querdenker. Während der Abstimmungen im November 2020 luden AfD-Parlamentarier bekannte Videobloggerinnen der Leugner-Bewegung in den Bundestag ein, die dort Abgeordnete bedrohten und einschüchterten.

DP: Sie arbeiten bei einem Dachverband der Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Wie hoch ist



DP-Interviewpartnerin Heike Kleffner ist Journalistin und Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Seit den 1990er-Jahren publiziert sie über Rechtsextremismus.

Foto: Christian Ditsch/version-foto.de

das Potenzial von Hass und Gewalt unter Corona-Leugnern?

Kleffner: Die Pandemie hat rassistische Gewalt und Bedrohung deutlich verstärkt. Die Zahl rechter Gewalttaten erreichte trotz Ausgangsbeschränkungen das erschreckend hohe Niveau der 2000er-Jahre. Insbesondere Menschen womöglich oder real asiatischer Herkunft haben – als vermeintliche Trägerinnen des Virus – Beleidigungen, Bedrohungen bis hin zu Angriffen auf offener Straße oder im öffentlichen Nahverkehr erlebt. Auch die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten ist massiv gestiegen. Damit einher geht eine generelle Wahrnehmung von Schutzlosigkeit für jüdische Menschen, deren Sicherheitsgefühl seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle ohnehin schon massiv erschüttert war.

DP: Das Beschneiden von Grundrechten während der Pandemie war nicht nur für militante Protestler eine Zumutung. Die legitime, seriös geäußerte Kritik etwa an Ausgangssperren oder „Verweilverboten“ aber ging im öffentlichen Diskussionsraum unter. Warum gehörte die Straße weitgehend den Feinden der Demokratie?

Kleffner: Weil die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft das Prinzip von Solidarität und den Schutz von besonders gefährdeten Gruppen richtig fand. Die „Black Lives Matter“-Demonstrationen im Sommer letzten Jahres, aber auch Aktionen etwa der Seebrücke-Bewegung haben gezeigt, dass es durchaus möglich ist, unter Einhaltung der Pandemieregeln sicher zu demonstrieren.

DP: Was raten Sie der Polizei im Umgang mit den Querdenker-Protesten?

Kleffner: Regelbrüche sollten konsequent unterbunden werden. Allzu lange haben Einsatzleiter etwa in Leipzig, Berlin oder Kassel nicht nur massenhafte Verstöße toleriert, sondern auch offene Gewaltausbrüche nicht geahndet. Das ist fatal, denn so wurde dem militanten Teil der Bewegung noch mehr Einfluss zugestanden. Wenn den Behörden bekannte Neonazis vor den Augen von Polizei und Öffentlichkeit auf Gegendemonstrierende losgehen können und dafür nicht zur Verantwortung gezogen werden, stärkt das die Täter und schwächt den Rechtsstaat und die demokratische Zivilgesellschaft.

DP: Danke für das Gespräch.

ANZEIGE



Ein Angebot der el Leasing & Service AG Hannover

Du träumst schon lange von einem richtig starken Bike?

Mach es jetzt zu deinem.
Das Fahrrad von dem du immer geträumt hast.

Unser Privatleasingangebot für GdP-Mitglieder bietet dir:



Exklusiv günstige Leasingraten
z.B. nur **65€*** monatlich bei einem Anschaffungswert von **1899€**



Rundumschutz, eine Wartung & Mobilitätsgarantie inklusive



Flexibilität & Sorglosigkeit

Wie funktioniert's?

Einfach in unserm GdP Partner Portal die Leasingrate berechnen & einen Fachhändler in deiner Nähe finden!

*Vertragslaufzeit 36 Monate



STUDIE ZU GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

AMBOSafe verspricht neue Präventionsansätze

Das Forschungsprojekt „AMBOSafe“ untersucht Angriffe auf Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist als assoziierter Partner an dem Projekt beteiligt.

Anne Herr und Prof. Dr. Clemens Lorei

Berufsbedingt ist Gewalt zu einem gewissen Anteil Bestandteil des Polizeialltages. Doch wie sieht es mit Angriffen gegen Polizeibedienstete aus? Das öffentliche Interesse an dem Thema erscheint groß. Auch in der wissenschaftlichen Forschung ist es in den Fokus gerückt. Die Studienlage zu Gewalt gegenüber der Polizei ist im Vergleich zu anderen Berufsgruppen am stärksten ausgeprägt.

Das Projekt „AMBOSafe“ läuft seit September 2020 mit dem Ziel, Antworten auf folgende Fragen zu liefern: Wie entwickeln sich Angriffe aus Einsatzsituationen heraus? Wodurch können sie beeinflusst werden? Und was kann man dagegen tun?

Inhaltlich unterstützt wird das Forschungsprojekt durch das Bayerische Rote

Kreuz, die Kriminologische Zentralstelle in Wiesbaden und die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung. Dabei werden nicht nur Berufsgruppen der polizeilichen und nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr untersucht, sondern auch solche, die bislang weniger berücksichtigt wurden. Dazu zählen Mitarbeitende von Verkehrs- und Sicherheitsunternehmen, Notaufnahmen, des Technischen Hilfswerkes oder kommunaler Ordnungsdienste. Durch eine einheitliche Erhebung in den betreffenden Berufsgruppen können Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Angriffen und wichtige Aspekte der Zusammenarbeit miteinbezogen werden. Damit ist ein übergreifendes Bild skizzierbar, und es bieten sich Möglichkeiten für Gegenmaßnahmen auf breiter Ebene.

Interviews mit Betroffenen und Tätern

Das sogenannte Ereignisprotokoll Betroffener ist ein wichtiger Teil der Untersuchung. Seit Mai wird darin erstmalig das Vorkommen von Angriffen im Dienst über einen längeren Zeitraum erfasst. Über vier Monate geben Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wöchentlich an, ob sie Angriffe erlebt haben. Als „Angriff“ werden neben aggressiven Formen von körperlicher Gewalt auch verbale Angriffe, Diebstahl oder das bewusste Behindern und Stören von Maßnahmen gewertet.

Körperliche Angriffe machten dabei einen vergleichsweise geringen Anteil aus. Beleidigungen und Bedrohungen wurden zwar sehr häufig berichtet, aber kaum systematisch erfasst. Konkrete Zahlen darüber, wie häufig diese verbalen Angriffe im Berufsalltag vorkommen, liegen bislang nicht vor.

Um die persönlichen Erlebnisse individuell untersuchen zu können, werden die Befragungen ergänzt: Durch Interviews mit Betroffenen, die körperliche Angriffe im Dienst erlebt haben, mit Angreifern, die Motive und Hintergründe liefern und mit Experten, die Angaben zu vorhandenen Maßnahmen machen können. Der vierte Baustein ist die systematische Analyse von Strafverfahrensakten. Sie ermöglicht Einblicke in die polizeiliche Verarbeitung der Vorfälle und den Verlauf vor Gericht.

Teilnehmende für Befragung gesucht

Für alle Berufsgruppen in helfender und normdurchsetzender Funktion ist für den Zeitraum August bis September 2021 eine



Informationen zur Teilnahme

Für die Befragung „Lagebild“ werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte für eine freiwillige Teilnahme gesucht. Die Einmalbefragung ist anonym, dauert circa 20 Minuten, und es sind keine Rückschlüsse auf die Behörde, Dienststelle oder Person möglich. Gefördert wird das Projekt im Rahmen „Anwender-Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Projektleiter sind das Bayerische Rote Kreuz, die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) sowie die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV).

deutschlandweite Befragung vorgesehen. Diese Befragung setzt einen anderen Fokus: Einsatzkräfte der Polizei, des Rettungsdienstes oder der Feuerwehr treffen berufsbedingt in den meisten Fällen in ihren Einsätzen auf Personen in Notsituationen. Personen, die aufgewühlt sind, unter Stress stehen oder wütend sind. Solche emotional aufgeladenen Situationen können sich leicht aufschaukeln und bergen eine Gefahr für Einsatzkräfte. Trotzdem gehören Angriffe, Gewalt und Widerstandsdelikte aber auch bei der Polizei glücklicherweise nicht zum Hauptteil der täglichen Arbeit. Daraus kann man schlussfolgern, dass im Berufsalltag bereits sehr viele Konflikte gelöst und gefährliche Situationen durch die Beamtinnen und Beamten im Vorfeld entschärft werden können. Sei es durch die Inhalte der Aus- und Fortbildung, Berufserfahrung oder auch „Bauchgefühl“.

AMBOSafe ist die Abkürzung für das bundesweite Forschungsprojekt „Angriffe auf Mitarbeiter*innen und Bedienstete von Organisationen mit Sicherheitsaufgaben“. Mit Angriffen sind im vorliegenden Projekt folgende Vorfälle gemeint:

Verbale Angriffe (z.B. Beleidigungen) oder Bedrohungen,

Körperliche Angriffe,

Gewalt gegen Sachgegenstände oder Fahrzeuge,

Diebstahl von Material oder Ausrüstung, Bewusstes Behindern oder Stören von Maßnahmen.

Neuer Studienansatz

Kaum eine Studie hat bisher jedoch untersucht, durch welche effektiven Maßnahmen kritische Momente gelöst werden können und welche Arten der Deeskalation sich gut anwenden lassen.

In dieser Befragung sollen neben der Deeskalation daher auch körperliche Angriffe mit einbezogen werden. Das Ziel ist es herauszufinden, was diese unterschiedlichen Verläufe ausmacht und ob beispielsweise eine Kombination bestimmter Faktoren Warnsignale darstellt, die eine besondere Gefahr für Einsatzkräfte darstellen. Wenn es möglich wäre, diese Warnsignale spezifischer abbilden zu können, wären dies konkrete Anknüpfungspunkte für die Praxis, um die Aus- und Fortbildung in diesen Berufsgruppen zu ergänzen und das Sicherheitsempfinden von Einsatzkräften zu erhöhen. ■

ANZEIGE



Jetzt buchen und bis Oktober gratis sehen.

gdp.de/gdp-plus



POLITISCHE GESPRÄCHE

Kampagne wertgeschätzt

Vor dem Start der Wertschätzungskampagne der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Ende April in Berlin hatten die Parteien und Bundestagsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, LINKE und FDP einen Brief erhalten. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff stellte darin den Politikern die Inhalte

der Kampagne vor und bot einen persönlichen Austausch an. Davon wurde in den vergangenen Monaten – jedoch nur in Videokonferenzen – rege Gebrauch gemacht.

Erfreulich ist, dass bei den meisten Themen Übereinstimmungen festgestellt sowie die Vorschläge und Erwartungen der GdP an die Politik überwiegend als richtig und

zielführend bewertet wurden. Die GdP wird ihre Initiative natürlich über die Bundestagswahl hinaus weiterführen und bei neuer politischer Zusammensetzung engagiert vorantreiben.

Mit den Politikerinnen und Politikern erörtert wurden unter anderem die Belastung der Polizeibeschäftigten, die Gewalt gegen die Polizei, frische Perspektiven für Tarifbeschäftigte und Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamte, die uneinheitliche Bezahlung in den Ländern und beim Bund seit der Föderalismusreform 2006, die Polizeizulage, die Dienstunfallanerkennung nach einer Infektion mit dem Coronavirus, die unterschiedliche Ausstattung bei Technik und Digitalisierung, die internationale Zusammenarbeit bei Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung sowie Investitionen in die Polizei.

Im Übrigen wurden strittige Punkte nicht ausgelassen. So thematisierten die GdP-Vizes Schilff und Jörg Radek gegenüber der Grünen-Innenexpertin Dr. Irene Mihalic Bereiche der Drogenpolitik sowie das gelegentlich zu Tage tretende gesplante Verhältnis der Grünen zur Polizei. Dies sei nicht der Fall, stellte Mihalic klar. Die Grünen beschäftigten sich mit rechtsextremen Vorgängen in Teilen der Polizei. Die grünen Positionen dazu beinhalten Mihalic zufolge das Schaffen einer unabhängigen Anlaufstelle sowie eines Polizeibeauftragten. Zudem setzten sich die Grünen mit vermeintlich überhartem Einschreiten der Polizei gegenüber Demonstranten und Menschen mit Migrationsgeschichte sowie dem „Racial Profiling“ auseinander, bekräftigte sie. Die ehemalige Polizistin unterstütze jedoch weitere Investitionen bei der Polizei.

Thematisch vergleichbar verlief das Gespräch mit der Linke-Co-Vorsitzenden Janine Wissler. Schilff und Radek konfrontierten die Politikerin auch mit der zunehmenden Gewalt gegen die Polizei. Wissler machte deutlich, dass ihre Partei sowie sie persönlich Gewalt gegen die Polizei – egal von welcher Seite – klar und öffentlich ablehnten. Selbstverständlich würden Vertreterinnen und Vertreter ihrer Partei jedoch mögliche Übergriffe durch die Polizei, die gemeldet werden, oder aus eigenem Erleben heraus rechtlich überprüfen lassen, verdeutlichte sie.

Sämtliche Gesprächspartner signalisierten, den Dialog fortführen zu wollen und die Inhalte des Meinungsaustausches in ihre Parteien und Fraktionen weiterzugeben. ■

Die GdP im digitalen Meinungsaustausch mit:



Im April und Mai war die GdP mit Dr. Irene Mihalic (r.o.), innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, und ihrem FDP-Pendant Konstantin Kuhle (nicht im Bild), im Gespräch. Im Juni tauschten sich die stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Dietmar Schilff (o.m.) und Jörg Radek (l.u.) mit Thorsten Frei (l.o.), stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion, aus, der Fraktionschef Ralph Brinkhaus vertrat. Die beiden GdP-Vizes konferierten ebenso mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dirk Wiese (r.u.), der für Dr. Rolf Mützenich einsprang, sowie mit der Die-Linke-Bundestagsvorsitzenden Janine Wissler (m.u.).

VERKEHRSunfallAufnahme

Unfallort - Tatort - Recht - Maßnahmen

Von **Richard Taschenmacher**, **Wolfgang Eifinger** und **Alexander Neuhaus**.



5. Auflage 2020

Umfang: 542 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 21 cm

Preis: 36,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0869-4

Für Polizeibeamte stellt der Bereich der Verkehrsunfallaufnahme ein Aufgabengebiet dar, in dem in besonderem Maße hohe Ansprüche an die Qualität ihrer Arbeit gestellt werden. Die exzellente Kenntnis unterschiedlicher Rechtsgebiete ist hier mit überdurchschnittlichem Wissen über physikalische, technische, kriminaltechnische und -taktische Gegebenheiten zu kombinieren. Daneben haben die Beamten in zum Teil extrem belastenden Situationen mit Beteiligten empathisch zu interagieren. An sie besteht also ein hoher Anspruch an professioneller Kompetenz, die bei der Unfallaufnahme gleichzeitig Garant für Opferschutz und Opferhilfe darstellt.

Dieses Buch wurde für die Polizeibeamten im Bachelor-Studium und an sämtlichen Ausbildungseinrichtungen der Polizei verfasst und stellt darüber hinaus auch in der Fortbildung und in der Praxis eine wertvolle Hilfe dar.

Die Neuauflage wurde von den Autoren erheblich ergänzt. So wird u.a. der Begriff des Verkehrsunfalls ausführlich erläutert und ein Handlungskonzept für eine qualifizierte Unfallaufnahme entwickelt. Außerdem werden die Themen digitale Spuren und Unfälle mit Straßenbahnen ausführlich behandelt.

DIE AUTOREN

Richard Taschenmacher, Dipl.-Verwaltungswirt, Autor verschiedener Fachbücher, Dozent für Gefahrgutrecht. Davor Lehrtätigkeit u.a. in den Fächern Verkehrsrecht, Straf-, Strafprozeß- und Ordnungswidrigkeitenrecht sowie Verkehrsunfallaufnahme und -rekonstruktion.



Wolfgang Eifinger, Dipl.-Verwaltungswirt und Polizeirat, Direktionsleiter Verkehr in Euskirchen, nebenamtlicher Dozent für Verkehrslehre und Verkehrsrecht an der HSPV NRW.

Alexander Neuhaus, Dipl.-Verwaltungswirt und Erster Polizeihauptkommissar, Leiter einer Polizeiwache in Bonn. Davor Dienstgruppenleiter der Leitstelle, Leiter eines Verkehrskommissariats und des Verkehrsdienstes.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Innenleben

Mehr Informationen

zu Tarifverträgen und weiteren Tarifthemen finden Interessierte auf www.gdp.de unter dem Reiter „Tarif- & Sozialpolitik“.

WAS?

Es gibt im öffentlichen Dienst (öD) zwei Tarifverhandlungen. Verhandelt wird auf der einen Seite der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) für die Kolleginnen und Kollegen, die im Bund und den Kommunen beschäftigt sind. Auf der anderen Seite ist es der für die öD-Beschäftigten in den Ländern. In diesem Jahr sind die Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) dran. Der TV-L beschreibt das Tarifregelwerk der Länder, gilt jedoch nicht für Hessen. Das Land in der Mitte Deutschlands ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und verhandelt daher selbständig.

- Die Bundestarifkommission (BTK) berät den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) und stellt die Tarifforderungen auf, u. a. auf Grundlage der Forderungen der Tarifkommissionen der Landesbezirke und Bezirke.

- Ab hier bis zur Tarifeinigung: laufende Information für Mitglieder, u.a. durch **Tarifbotschafterinnen** und **Tarifbotschafter**, Mitgliederunterstützung und Solidaritätsaktionen

- Einigung und neuer Tarifvertrag



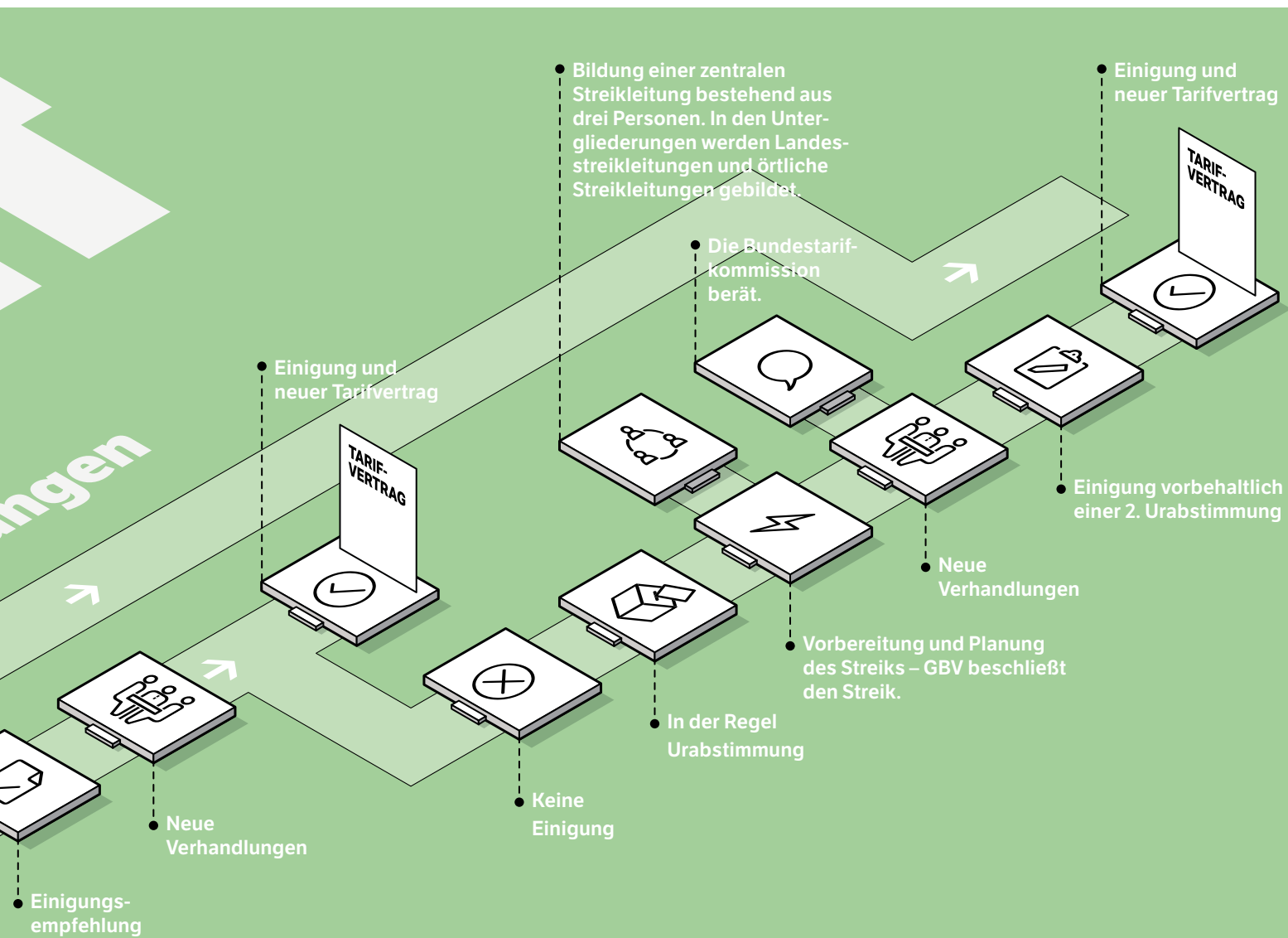
*Es gibt eine Schlichtungsvereinbarung für Bund und kommunale Arbeitgeber (VKA) vom 25.10.2011. Die Schlichtungsvereinbarung für die Länder hat die TdL im Jahr 2011 gekündigt.



Wir suchen weiter
 nach Tariftbotschafterinnen und
 Tariftbotschaftern. Um mitzumachen,
 schreibe uns eine E-Mail an:
gdp-tarifrunde2021@gdp.de



Foto: BillionPhotos.com/stock.adobe.com



WANN?

Die Auftaktrunde der diesjährigen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst beginnt am 8. Oktober. Auf sie folgt die zweite Tarifrunde in Potsdam am 1. und 2. November. Den Abschluss bildet die dritte Runde am 27. und 28. November, ebenfalls in Potsdam.

WER?

Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verhandeln die DGB-Gewerkschaften mit den Arbeitgebern. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke agiert dabei als Verhandlungsführer für die Einzelgewerkschaften. Die Arbeitgeber haben sich im Verbund der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossen. Sie werden an der Spitze durch den niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) vertreten.

Verhandelt wird für rund 800.000 Tarifbeschäftigte und 22.500 Auszubildende im Bereich der TdL. Von großer Bedeutung ist die Forderung einer zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Ergebnisses auf rund 1,2 Millionen Beamtinnen und Beamten sowie die rund 700.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Im Gespräch



GdP-Tarifexperte René Klemmer beim DP-Telefoninterview Ende Juni.

TARIFRUNDE 2021

Es kann nur um Verbesserungen gehen

Im Herbst beginnt die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder. Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Tarifexperte René Klemmer im DP-Gespräch über Ausreden, Nebenschauplätze und transparente Botschaften.

Michael Zielasko

DP: Die Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder steht bevor. Werden die Arbeitgeber den Corona-Trumpf ziehen und sagen, es ist kein Geld da?

René Klemmer: Da bin ich mir sehr sicher. Schon deswegen, weil bereits in früheren Runden ähnliche Ausreden bemüht wurden, um die Entgeltforderungen der öD-Gewerkschaften ins Leere laufen zu lassen. Die Arbeitgeber werden darauf spekulieren, dass sie mit der Corona-Karte den Nerv der Öffentlichkeit treffen.

DP: Mit welchen Ausreden haben es die Arbeitgeber in den Vorjahren probiert?

Klemmer: Mehrfach wurde uns erzählt, dass die Steuereinnahmen schlecht seien, sich Nachwirkungen ökonomischer Krisen zeigten und die Wirtschaft schwächele. Dann hatte sich die Wirtschaft erholt, die Steuereinnahmen begannen zu sprudeln. So war das vor zwei Jahren bei der Ländertarifrunde. Geld war dann also da, wir sollten uns jedoch zurückhalten, weil man ja schließlich die Überschüsse zur Vorsorge für schlechte Zeiten ansparen wolle. Die

Schuldenbremse wurde ebenso angeführt, denn Miese machen gehe gar nicht.

DP: Es scheint, als drohten seit Langem wieder Arbeitskämpfe? Eine Schlichtungsvereinbarung ist ja nicht vorgesehen.

Klemmer: Schlichtungsvereinbarungen mit den Länderarbeitgebern sind schon seit Jahren nicht mehr abgeschlossen worden. Diese haben wir nur noch mit dem Bund und den Kommunen. Mit Blick auf die vor uns liegende Runde müssen wir davon ausgehen, dass die Arbeitgeber Veränderungen des sogenannten Arbeitsvorganges in den Fokus der Verhandlungen rücken. Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass sie sich weigern, über Entgelterhöhungen oder andere von uns auf den Tisch gelegten Forderungen zu verhandeln, bis dieses strittige Thema abgehakt wurde. Vor diesem Hintergrund kann ich Aktionen und Warnstreiks nicht ausschließen. Noch befinden wir uns jedoch in der Friedenspflicht.

DP: Das heißt?

Klemmer: Wir warten zunächst die ersten beiden Runden ab. Ende August werden die öD-Gewerkschaften ihre Forderungen aufstellen und den Arbeitgebern mitteilen. Und diese haben dann bis zum ersten Verhandlungstag am 8. Oktober Zeit, darauf zu reagieren.

DP: Wäre es eine realistische Option, das für den Bund und die Kommunen erzielte Tarifergebnis für die Länder zu übernehmen?

Klemmer: Natürlich sind wir uns der Haushaltslage in den Ländern angesichts der Coronakrise bewusst. Eine Eins-zu-Eins-Übernahme halte ich daher für unwahrscheinlich. In eine ähnliche Richtung könnte es allerdings gehen, was einige Punkte, darunter die Entgelterhöhung, einschließt.

DP: Lohnerhöhungen stehen verständlicherweise meist im Zentrum des Interesses der Beschäftigten. Warum sind die Nebenschauplätze so wichtig?

Klemmer: Entsprechende Entgelterhöhungen bilden praktisch die Überschrift einer Tarifrunde. Vermeintliche Nebenschauplätze wie den bereits erwähnten Arbeitsvorgang nicht ernst genug zu nehmen, könnten jedoch erhebliche Verschlechterungen

zur Folge haben. Konkret: schlechtere Eingruppierungen für künftige Beschäftigte, womöglich sogar für bestehende Arbeitsverhältnisse. Es liegt auf der Hand, dass wir das unbedingt vermeiden wollen. Ganz egal, ob im Scheinwerferlicht oder im Schatten, bei allen Themen geht es uns um Verbesserungen.

DP: Könntest Du das Problem des Arbeitsvorganges etwas plastischer darstellen?

Klemmer: Der Arbeitsvorgang ist die Bewertungseinheit dafür, wie Beschäftigte eingruppiert werden. Vereinfacht ausgedrückt strebt der Arbeitgeber an, den Arbeitsvorgang kleinteiliger zu definieren. Damit sinkt der Wert der geleisteten Arbeit. Das sind reale Verschlechterungen, die sich mindestens in ein bis zwei Entgeltgruppen ausdrücken können.

DP: Die GdP-Tarifbotschafterinnen und -Tarifbotschafter könnten eine wichtige Schnittstelle sein, um diese Nebenschauplätze bekannt zu machen?

Klemmer: Ja, absolut. Je stärker wir die Mitgliedschaft über wichtige Themen neben Entgelterhöhungen informieren und sie so auch sensibilisieren, desto deutlicher wird ihnen, an welchen Stellen die Arbeitgeber nicht mit uns reden wollen, wo sie eindeutig Verschlechterungen durchdrücken wollen und mit welchen haarsträubenden Geschichten sie aufwarten, um uns hinter Licht zu führen. Wir sorgen dafür, dass die Mitglieder verstehen können, warum wir in manchen Bereichen mitgehen können, in anderen jedoch nicht. Da geht es uns um größtmögliche Transparenz.

DP: Wie bewertest Du das bisherige Interesse an dieser Aufgabe?

Klemmer: Tarifpolitik kann ein trockenes Geschäft sein. Trotzdem verzeichnen wir zahlreiche Meldungen. Sogar von beamteten Kolleginnen und Kollegen. Das freut mich besonders. Daher bin ich positiv überrascht. Wir sind mit dieser Idee auf dem richtigen Weg. Schließlich vertreten wir alle Polizeibeschäftigtengruppen, also können und sollen sich auch alle beteiligen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

ANZEIGE

T ■ ■ ■ ERLEBEN, WAS VERBINDET.

Selbstanzeige: Kriminell günstige Angebote!

Business Mobil Data: der leistungsstarke Datentarif mit 5G-Geschwindigkeit

Doppelt sparen: 20 % Preisvorteil auf den Tarif und auf das Tablet



In Kooperation mit



GdP-Plus Partner

Wir informieren Sie gerne über die aktuellen Angebote!

- Ihre Vorteilsnummer: MA023
- Mitarbeiter-Hotline: 0800 3300 34531
- E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
- In allen Telekom Shops:
www.telekom.de/terminvereinbarung



GdP-Plus Partner



Dein schnellster Weg zu attraktiven Angeboten

Das GdP-Plus Partner-Programm der GdP

Unser exklusives Vorteilsprogramm für Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie. Wir bieten Dir gemeinsam mit unseren starken GdP-Plus Partnern große Vorteile in Form besonders attraktiver Angebote*.



Nutze den
Easy-Login!
www.gdp.de
> GdP-Plus

Hast Du Fragen oder Anregungen?

Dann schreib uns eine E-Mail
oder ruf an. Reinhard Kaufmann
hilft Dir gerne weiter.

E-Mail gdp-plus@gdp.de

Telefon 0211 7104 250

**Bitte beachtet hierbei, dass Euer Vertragspartner das jeweilige Unternehmen ist!*

Innenleben



Zum Video und weiteren Infos über Tarifbotschafterinnen und -botschafter



Screenthat: GdP

In einer Videokonferenz Anfang Juli begrüßte GdP-Vize und Tarif-Experte René Klemmer (im Bild mit Imme Hildebrandt) über 40 potenzielle Tarifbotschafterinnen und Tarifbotschafter. Sie sollen in den Tarifrunden der Länder im Herbst die Info-Schnittstelle zwischen den verhandelnden Parteien und der GdP-Basis sein.

„Wir wollten Menschen gewinnen. Und wie man heute Abend sieht, ist uns das auch gelungen“, sagte Klemmer. Der GdP-Tarif-Chef ermutigte die Teilnehmenden, sich nicht von Arbeitgeberaussagen wie fehlendem Geld wegen Corona abschrecken zu lassen. „Das hören wir jedes Mal“, so Klemmer und ergänzte: „Uns geht es aber um mehr als nur um Geld.“

Worum es tatsächlich geht, das erfahren die künftigen Tarifbotschafterinnen und Tarifbotschafter in den kommenden Wochen in einer Reihe von Kommunikations- und Medientrainings. Klemmer betonte: „Ich bin überwältigt von den Rückmeldungen und der großen Teilnahme und freue mich tierisch auf die Aktion.“ ■

TARIFBOTSCHAFTERINNEN UND -BOTSCHAFTER

Willkommen an Bord

KAPITALMARKT

ANZEIGEN

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 ■ Vorteilszins für den öffent. Dienst
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins

 effektiver Jahreszins
 Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE Teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
 Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
 Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel: (06241) 173180-0
 info@ak-finanz.de
 www.AK-Finanz.de

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
Zukunft Mobilität

Mobilität im Wandel
 Mehr Infos auf www.zukunft-mobilitaet.info

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen. Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif- **0800-33 10 332**
 Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

Hinterfragt

POLIZEIZULAGE

Die schleichende Entwertung der Polizeiarbeit

Das Wertschätzen der Polizei ist ein politisches Muss, vor allem im Wahlkampf. Wie polizeiliche Arbeit jedoch schleichend entwertet wird, stellt DP-Autor Sven Hüber anhand der Polizeizulage dar.

Sven Hüber

Mehr Gewalt gegenüber der Polizei, auf der anderen Seite hohe Erwartungen an Kompetenz sowie schnelle, professionelle und rechtssichere Polizeientscheidungen. Sicherlich ein Unterschied zu anderen Berufen in der allgemeinen Verwaltung. Dabei gerät in Vergessenheit, dass die angeblich politisch so wertgeschätzte Polizeiarbeit seit Jahren einem unfassbaren Wertverlust ausgesetzt ist, erst in Mark und Pfennig, dann in Euro und Cent. Die Aktion #100für100 der Gewerkschaft der Polizei (GdP) legt den Finger in diese seit Langem klaffende Wunde und unterstreicht den aktuellen GdP-Bundeskongressbeschluss für eine Polizeizulage in Höhe von 300 Euro.

Was sind wir wert?

Spiegelt sich das seit Jahren zunehmende Berufsrisiko auch in der Besoldung wider? Oder: Ist die polizeiliche Entscheidungsfindung mehr oder weniger wert geworden? Auskunft darüber gibt die Entwicklung der Relation der Polizeizulage zum Grundgehalt. Das Ergebnis der Analyse: Die finanzielle Entwertung von Polizeiarbeit ist erschreckend. Warum?

Im Jahr 1999 wurde beschlossen, die Polizeizulage nicht mehr dynamisch auszugestalten. Erhöhungen wurden nicht mehr nach den Tarifabschlüssen vorgenommen. Das galt als Sondersparbeitrag der Polizis-



ten und Zöllner zur Sanierung der Haushalte von Bund und Ländern. Seit der Föderalismusreform 2006 blieb es den einzelnen Dienstherren überlassen, in Sachen Polizeizulage etwas zu tun – oder eben nicht. Die berufsspezifische Polizeizulage ist dadurch im Vergleich zur Entwicklung der Grundgehälter spürbar abgerutscht, zudem klaffen weite Lücken zwischen den Höhen der Polizeizulage in den einzelnen Ländern und dem Bund.

Die Steigerungssätze der Grundgehälter werden auch als Besoldungsindex bezeichnet. Er ist in den einzelnen Jahren der Entwicklung der Polizeizulage völlig enteilt. So kletterte der Besoldungsindex der Grundgehälter des Bundes von 381,02 Prozent im Jahr 1990 auf 737,74 Prozent in diesem – auch eine Folge erfolgreicher GdP-Tarifkämpfe angesichts der Übertragung der Ergebnisse auf den Beamtenbereich. Tendenziell trifft diese Steigerungsrate des Besoldungsindex auch auf die einzelnen Länder zu, auch wenn Steigerungssätze und Zeiträume abweichen sollten. Insgesamt sind die Grundgehälter seit 1990 bei Bund und Ländern daher in unterschiedlichem Maße um mehrere hundert Prozentpunkte angestiegen.

Dramatisch verschlechtert

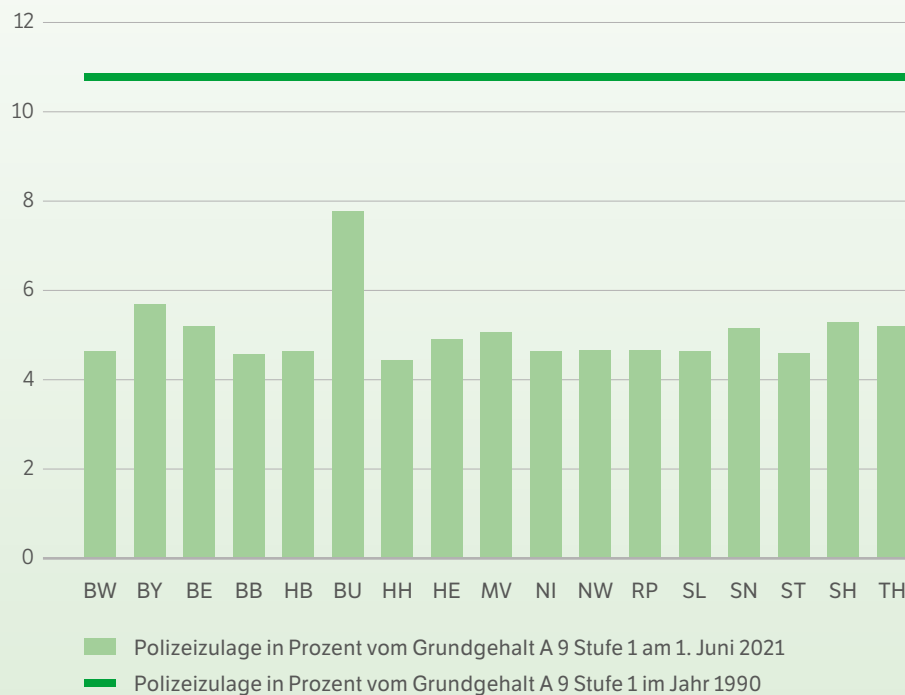
Diese Steigerungen trafen indes nur die Grundgehälter für alle, ob Polizeibeamter, Bibliothekar oder Verwaltungsbeamter.

Im Jahr 1990 entsprach die Polizeizulage noch 12,54 Prozent des Grundgehalts eines Polizeimeisters, 10,72 Prozent dem eines Polizeikommissars. Das beschreibt etwa den in der Besoldungstabelle nicht abgebildeten und daher zusätzlich auszugleichenden Wert der besonderen Polizeidienstanforderungen. Das Verhältnis von Polizeizulage zu Grundgehalt hat sich seither dramatisch verschlechtert.

Selbst beim Bund, der bisher mit 190 Euro pro Monat und künftig 228 Euro pro Monat die höchste Polizeizulage zahlt, entspricht diese gegenwärtig nur 7,4 Prozent des Grundgehalts eines Polizeimeisters und 6,48 Prozent eines Polizeikommissars.

Der Wert der im Grundgehalt nicht beinhalteten „besonderen Anforderungen“ an die Polizeimeister sank damit zwischen 1990 und 2021 um über fünf Prozentpunkte des Grundgehaltssatzes. Bei den Polizeikommissaren sank er um über vier. Würde

Entwertung der Polizeizulage 1990 bis 2021



Quelle: GdP



man das ursprüngliche Verhältnis der Polizeimeistergrundgehälter zur Zulage als Bemessungsgrundlage nehmen, müsste die Polizeizulage heute eigentlich 322,10 Euro betragen.

Noch dramatischer fällt der Wertverlust der Polizeizulage in den Ländern ins Gewicht – sowohl in der Höhe als auch im Verhältnis zum Grundgehalt. Dort ist der besondere Einsatz der Polizei vielfach nicht einmal mehr die Hälfte wert.

So hat sich die Polizeizulage in Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland und Sachsen-Anhalt seit dem 1. Januar 1998 (127,38 Euro) um keinen Cent weiterentwickelt – obwohl sich die Grundgehälter aller Beamtinnen und Beamten in den letzten 23 Jahren auch in diesen Ländern deutlich verbesserten.

Auch die seit 1990 vorgenommenen Erhöhungen der Polizeizulage in Nordrhein-Westfalen auf 130,56 Euro, in Hessen auf 131,20 Euro, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf 132,69 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern auf 136,48 Euro, in

Berlin auf 139,50 Euro, in Thüringen auf 145 Euro, in Schleswig-Holstein auf 150 Euro und in Bayern auf 161,69 Euro bestätigen eher das Zerfleddern der Besoldungsgrundsätze. Weder beim Bund noch in den Ländern wird auch nur ansatzweise der gebotene Prozentanteil der Polizeizulage im Verhältnis zu den Grundgehältern gewahrt.

So sanken der Anteil und Wert der Polizeizulage für einen Brandenburger Polizeimeister der Stufe 1 von ehemals 12,54 Prozent des Grundgehalts auf heute gerade noch 5,12 Prozent. Bei Fortschreibung des Verhältnisses zum landesspezifischen Grundgehalt müsste die Polizeizulage in Brandenburg heute eigentlich bei 311,65 Euro liegen.

Für einen niedersächsischen Polizeikommissar der Stufe 1 macht die Polizeizulage heute gerade noch 4,65 Prozent des Grundgehaltsbetrages aus, statt der angemessenen 10,72 Prozent aus 1990. Bei Fortschreibung des Verhältnisses zum Grundgehalt müsste sie heute in Niedersachsen jedoch 293,66 Euro betragen. Auch in Baden-Württemberg



DP-Autor Sven Hüber ist stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei und führt den Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht an.

Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei

sank der Wert der Polizeizulage trotz einer leichten Erhöhung auf heute nur noch 4,65 Prozent eines Polizeikommissargrundgehalts der Eingangsstufe ab. Eigentlich müsste sie heute in diesem Land angesichts der Grundgehaltssteigerungen 306,14 Euro betragen. Selbst in Bayern, das die Polizeizulage zur amtszulagenähnlichen Zulage umwandelte und dynamisierte, sank der Wert für einen Polizeikommissar der ersten Stufe von den besagten 10,72 Prozent des Grundgehalts auf heute nur noch 5,69 Prozent – wenngleich die Dynamisierung zumindest in Bayern im Gegensatz zu anderen Dienstherren wenigstens ein noch weiteres Absinken des Wertes verhindert. Die traurige Liste ließe sich für alle Polizeien fortsetzen.

Was sind wir euch wert?

Die Polizeizulage wird so seit Jahren schlechend entwertet. Sie hinkt der allgemeinen Einkommensentwicklung und der Inflation

immer mehr hinterher. Das wird in einigen Jahren dazu führen, dass die gegenüber den anderen Beamten immer noch besonderen und im Grundgehalt nicht abgebildeten Anforderungen der Polizeiarbeit bald gar nicht mehr abgegolten werden. Die Polizeizulage wird sich im Verhältnis zum Grundgehalt fast in Wohlgefallen auflösen.

Wenn die GdP mit ihrer Wertschätzungskampagne #100für100 fordert, so fragt sie: Was ist den Dienstherren und Parlamentariern unser erhöhtes Todes- und Verletzungsrisiko wert? Was ist es wert, in jeder Schicht neu bereit zu sein, in Erfüllung der übertragene Aufgaben Leben und Gesundheit einzusetzen, sich körperlich auseinanderzusetzen, sich psychischen Ausnahmesituationen zu stellen? Was ist es euch wert, dass wir in Druck-Situationen unter physischer und psychischer Belastung verantwortliche, womöglich fundamentale Entscheidungen treffen? Was ist euch der wohlüberlegte Einsatz der Schusswaffe oder die Entscheidung, einen finalen Rettungsschuss abgeben zu

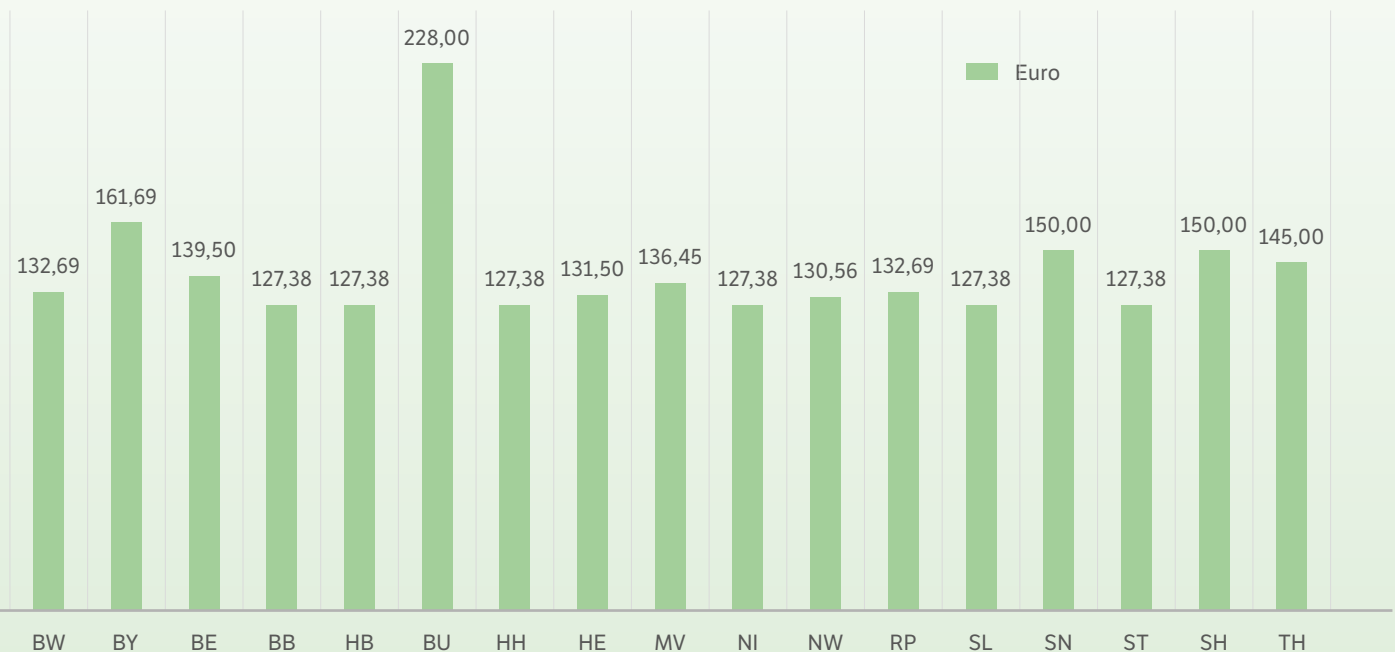
müssen, um andere Leben zu retten, wert?

Nimmt man den Maßstab der Respektreden über die Polizei, müsste die Antwort lauten: jede Menge! Und die Besoldungsrealität? Der Befund lautet: Das ist uns immer weniger wert, wir haben es fast vergessen.

Diesen Trend zu stoppen und umzukehren, war der Sinn des entsprechenden Beschlusses des 26. GdP-Bundeskongresses vom November 2018: der gewerkschaftliche Einsatz für die Ausgestaltung der Polizeizulage zu einer dynamisierten und ruhegehaltstauglichen Amtszulage von mindestens 300 Euro pro Monat.

Zu dieser Trendumkehr gehört die geforderte Rückkehr zur Ruhegehaltstauglichkeit der Polizeizulage, nicht nur wie zurzeit in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen, sondern überall. Denn ab 1. Januar 1990 war die Polizeizulage bis 1998 bundesweit Teil der ruhegehaltstauglichen Dienstbezüge, wenn der Beamte mindestens zehn Jahre zulageberechtigt verwendet worden war. Auch das gehört sich so – es gilt „100 für 100“. ■

Höhe der Polizeizulagen in Bund und Ländern – Nach einer Dienstzeit von zwei Jahren



POLIZEIZULAGE

Missverständnis ausräumen

Die Polizeizulage ist kein Ausgleich für zu ersetzende Aufwendungen, kein Verpflegungsgeld und keine Schichtdienstentschädigung. Sie ist ihrem Rechtscharakter nach vielmehr als Vergütung für besondere Anforderungen zu verstehen (Bundesfinanz-

hof (BFH), Urteil vom 8. Oktober 1993 – VI R 9/93). Einem Beamten, der die Polizeizulage erhält, steht bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen beispielsweise auch die Zahlung von Mehrarbeitsvergütung oder einer Zulage für Dienst zu ungünstigen Zei-

ten, einer Schichtzulage oder Freizeitausgleich wie Nicht-Polizeibeamten zu. Diese Ausgleichsleistungen haben nichts mit der Polizeizulage zu tun.

Lücke schließen

Zweck der Polizeizulage ist es, die Lücke im zu niedrig angesetzten Grundgehalt der Polizei- wie Zollbeamtinnen und -beamten zu schließen. Sie ist eine „Anforderungszulage“.

Beamte im Polizeidienst sind nicht in eine eigene Besoldungsordnung eingegliedert worden. Sie teilen sich die Besoldungsordnung A mit beispielsweise Bibliothekaren, Lehrern oder Verwaltungsbeamten. Die verfassungsrechtliche Pflicht, amtsangemessene Besoldung zu gewähren und die Ämter sachgerecht zu bewerten, führt für Vollzugsbeamte der Polizei und des Zolls jedoch zu ei-

ner Lücke im Grundgehalt. Prägende Berufsanforderungen sind in der Festsetzung der Höhe des Grundgehalts der allgemeinen Besoldungsordnung A dort weder berücksichtigt noch eingeflossen. Insbesondere das, was polizeiliche Tätigkeitsanforderungen (auch) ausmacht, findet sich in der Höhe des Grundgehalts nicht wieder, weder im mittleren noch im gehobenen oder höheren Dienst.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Urteile vom 26. Juni 1981 6 C 85.79, BVerwG-Entscheidungen 62, 354, und vom 24. Januar 1985 2 C 9.84)) geht davon aus, dass die Zu-

ordnung der Ämter der Polizeivollzugs- und Zollbeamten zu den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A das typische Erscheinungsbild des mit vollzugspolizeilichen Aufgaben betrauten Beamten nicht hinreichend berücksichtigt. Unter „Besonderheiten des ... Dienstes“ im Sinne dieser Regelung ist jedoch nicht alles zu verstehen, worin sich die Wahrnehmung vollzugspolizeilicher Aufgaben von der üblichen Dienstgestaltung und dem regelmäßigen Dienstablauf in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung unterscheidet.

Typisch

Dieser Begriff bezeichnet nur die typischen zusätzlichen Anforderungen, die an jeden mit vollzugspolizeilichen Aufgaben betrauten Beamten zu stellen sind, von der allgemeinen Ämterbewertung jedoch nicht erfasst werden. Dazu gehört das Erfordernis, in schwierigen Situationen unter physischer und psychischer Belastung als Einzelner schnell verantwortliche, möglicherweise einschneidende Entscheidungen zu treffen – zum Beispiel über den Gebrauch der Schusswaffe, einen finalen Rettungsschuss – und die Bereitschaft, in Erfüllung der übertragenen Aufgaben Leben und Gesundheit einzusetzen, sei es durch Vorgehen mit körperlicher Gewalt gegen Personen, sei es eine gefährliche Verkehrssituation oder der Aufopferungsanspruch zur Rettung des Lebens anderer Menschen.

Zwar zählt die Polizeizulage nicht zum sogenannten Kernbereich der beamtenrechtli-

chen Alimentation. Sie soll vor allem nicht die amtsangemessene Alimentation von Vollzugsbeamten und deren Familien sicherstellen, was schon durch das Grundgehalt ohne Polizeizulage sichergestellt werden muss. Diese Besonderheiten und Anforderungen werden durch das amtsgemäße Grundgehalt aber nicht erfasst (dazu: BVerwG, Urteil vom 26. März 2009, Az.: 2 C 1.08; BVerwG, Beschluss vom 22. Februar 2011 – Az.: 2 B 72.10). Andere Beamte in der Besoldungsordnung A wie Bibliothekare oder Lehrer müssen sich diesen immerwährenden besonderen Anforderungen an Polizeibeamte trotz gleichem Grundgehalt regelmäßig nicht aussetzen. Sie müssen weder unmittelbaren Zwang anwenden noch unterliegen sie dem Aufopferungsanspruch wie Polizei- und Zollbeamte.

Es ist nach der Rechtsprechung deshalb eine zusätzliche pauschalisierte Besoldungsleistung zum Grundgehalt in Form der Poli-

zeizulage gerechtfertigt, die die von der allgemeinen Ämterbewertung nicht erfassten Besonderheiten des jeweiligen Dienstes der Polizeibeamten abgelten soll. Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn in vielen Bundesländern nimmt von der zu schließen den Grundgehaltslücke nichts. Auch diese ist schon nach den Strukturprinzipien des Besoldungsrechts kein Ersatzprogramm für den Ausgleich der Grundgehaltsdefizite durch die Polizeizulage. Die Polizeizulage ist zudem die einzige Stellenzulage, die ab dem zweiten Ausbildungsjahr ein ganzes Berufsleben lang gezahlt wird.

Hingeschaut

WOHNEN NACH DER PANDEMIE

Mobiles Arbeiten braucht Platz

Die Corona-Krise führte zu einer forcierten Digitalisierung. Dadurch wächst der Bedarf an privatem Wohnraum, die Stadtzentren benötigen neue Nutzungskonzepte.

Thomas Gesterkamp

„**H**ej, Homeoffice!“. Unter diesem Motto bewirbt Tchibo in einem Verkaufskatalog das „Pure nordic living“. Das Geschäftsprinzip des Kaffeerösters besteht darin, neben dem Kernprodukt im ständigen Wechsel viele andere, zum Zeitgeist passende Artikel anzubieten – um damit die Kunden in seine Filialen oder auf das eigene Onlineportal zu locken. Da ist zum Beispiel ein „Esstisch mit integriertem Arbeitsplatz“ zu haben. Der ist praktischerweise „auf- und zu klappbar“ und enthält zudem eine „Stauraum-Bodenplatte“. In dieser, so illustriert das Werbefoto, können die mobil Arbeitenden blitzschnell Tablet, Unterlagen oder Smartphone verschwinden lassen – um sich gleich nach der Videokonferenz am selben Platz das Mittagessen zu servieren.

Die Bekämpfung des Corona-Virus hat Teile der Arbeitswelt und des Bildungssystems in die privaten Wohnungen verlagert. Doch diese sind für ständiges Homeoffice und Homeschooling oft wenig geeignet. Die vielfältiger und zeitlich umfangreicher gewordenen Aktivitäten zu Hause stoßen an räumliche Grenzen. Denn gerade in Großstädten mit hohen Mieten leben die Menschen auf eher kleinen Flächen. Notgedrungen werden diese dann verschiedenartig genutzt. Sie dienen zugleich als Ess- und Arbeitsplatz, sind Küche und Klassenraum in einem. Mit „Officeschränken“ für das Wohnzimmer, rückenfreundlichen Stühlen oder „Vorhangschals“ als Raumteiler bietet nicht nur Tchibo die passenden Accessoires. Die ganze Möbelindustrie stellt sich um, entwickelt neue Produkte.

Kein optimaler Arbeitsplatz.

Entflechtung von Stadtlandschaften

Nur zwölf Prozent der Beschäftigten arbeiteten vor der Pandemie zeitweise von zu Hause aus. Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 wuchs die Zahl sprunghaft auf bis zu 40 Prozent, um danach wieder zu sinken. Das Potenzial des mobilen Arbeitens ist überschaubar, selbst digitalisierbare Prozesse erfordern gelegentlich auch mal persönliche Treffen und Abstimmungsprozesse. Automobilwerker, Altenpflegekräfte, Busfahrer oder Verkäuferinnen können ihre Tätigkeit ohnehin nicht in den eigenen vier Wänden erledigen. In welchem Umfang sich das Homeoffice als Erwerbsform dauerhaft etabliert, lässt sich derzeit noch nicht seriös abschätzen.

Spürbar aber sind die Folgen bereits jetzt auf dem Immobilienmarkt: Die Mieten und Kaufpreise für das private Wohnen steigen und steigen. Die gewerbliche Vermietung von Ladenlokalen hingegen bereitet wegen des lange zugespernten Einzelhandels Probleme. Auch Büroflächen gibt es derzeit im Überfluss, weil viele Unternehmen sich räumlich verkleinern wollen. Schon seit Jahren experimentieren sie mit Nutzungskonzepten, in denen es keine persönlich zugeordneten Schreibtische mehr gibt. Die Arbeit von zu Hause erspart ihnen erhebliche Kosten, die sie auf ihre Beschäftigten abwälzen. Denn auch Zusatzleistungen wie Diensthandys oder Firmenlaptops gleichen keineswegs aus, was eine optimierte, den Anforderungen des Gesundheitsschutzes genügende Einrichtung des Heimarbeitsplatzes verschlingen würde. Die neu eingeführte „Homeoffice-Pauschale“ in der privaten Steuererklärung von maximal 600 Euro pro Jahr kompensiert die Mehrausgaben für zusätzliche Investitionen nur symbolisch. Mit dieser Summe lässt sich gerade mal eine ergonomische Sitzgelegenheit finanzieren.

Onlinevertrieb, Pakettieförderungen an die Haustür und Streamingangebote verändern die Stadtlandschaften. Es kommt zu einer Entflechtung urbaner Räume, an manchen Orten, etwa in Vierteln mit geringer Kaufkraft, auch zur Verödung. Das Stadtzentrum verliert an Bedeutung, was nicht unbedingt Anlass zur Klage sein muss. Billigketten in liebloser und fantasieloser Architektur waren schon in der Vergangenheit alles an-



dere als ein städtebaulicher Magnet. Nach dem Ende der Dauerschließungen dürften hier die Folgen der ruinösen Corona-Politik besonders sichtbar werden. Vor allem den Innenstädten in strukturschwachen Regionen drohen zugenagelte Geschäfte, insolvente Cafés und aufgegebene Kaufhäuser.

Eine Ursache sind die astronomischen Mieten. 30 oder gar 50 Euro pro Quadratmeter gelten in guten Lagen als durchaus üblich. Die Objekte gehören häufig spekulierenden Hedgefonds, privaten Großinvestoren oder großen Versicherungskonzernen, denen zeitweise Leerstände relativ egal sind. Diese Wildwest-Ökonomie kann nur staatliche Regulierung stoppen. Warum gibt es keinen bundesweiten Mietendeckel für Gewerbeimmobilien? Nur so könnten Stadtplaner neue Nutzungsideen realisieren, die sich von der einseitigen Fixierung auf das Einkaufen lösen – durch die Umwidmung von Ladenlokalen und Büros zu Wohnungen, durch mehr Kulturangebote und nicht-kommerzielle Treffpunkte in den sich überall gleichenden, uniform gestalteten Fußgängerzonen.

Gemeinschaftliche Lösungen

Eine Stadtfucht „aufs Land“ hat der erhöhte Platzbedarf im Privaten bisher nicht ausgelöst. Der angebliche Trend wird zwar von Feuilletons herbeigeschrieben, ist aber statistisch nicht belegbar. Noch immer wollen

junge und gut ausgebildete Menschen meist in den Großstädten leben. Die Wohnungskrise könnte sich hier noch verschärfen, weil für das mobile Arbeiten und wegen stärkerer Präsenz zu Hause größere Objekte nachgefragt werden – am besten mit Balkon oder Terrasse. Mieten, Bodenrichtwerte und Immobilienpreise drohen daher weiter zu steigen. Das unterstreicht die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe, um die Städte sozial ausgewogen zu gestalten – trotz der notorischen Proteste und Klagen der Wohnungslobby gegen jede Intervention.

Im günstigen Fall könnten die Erfahrungen aus der Pandemie als Korrektiv für eine lebenswertere Umgebung wirken. Die Zukunft gehört nachbarschaftlichen und multifunktionalen Stadtquartieren, in denen zugleich gewohnt, gearbeitet und eingekauft werden kann. Hilfreich sind kreative Lösungen auch im kleinen Maßstab. Baugruppen oder Wohngenossenschaften haben sogenannte „Co-Housing“-Konzepte vorgelegt, die durch gemeinschaftliche Nutzung von Gärten, Küchen, Gästezimmern, Werkstätten oder Büros den individuellen Wohnbedarf reduzieren. Zwar werden solche Ideen bei manchen kommunalen Entwicklungsprojekten in begrenztem Umfang gefördert oder als Vergabekriterien in Architekten-Wettbewerben mitberücksichtigt. Meist jedoch übersteigt die Nachfrage nach neuen Wohnformen das Angebot deutlich. Bestimmt allein der Markt, wem teure städtische Grundstücke verkauft werden, haben innovative und sozial orientierte Initiativen kaum eine Chance. ■

Hinterfragt

GENERATIONENKONTEXT

Die lernende Organisation

Der anhaltende demografische Wandel in der Arbeitswelt, die zunehmende Digitalisierung und die damit verbundene Entwicklung hin zur einer Wissensgesellschaft stellen die öffentliche Verwaltung vor komplexe Herausforderungen. Das gilt auch für die Polizei, wie das DP-Autorenteam darstellt.

Stephen Köppe und Prof. Dr. Birgit Wiese

Derzeit wird die Arbeitswelt durch die Generationen (Gen) Babyboomer (1955-1969), Gen X (1970-1984), Gen Y (1985-1999) und Gen Z (2000-2014) geprägt. Unter dem Begriff Generation wird eine sogenannte Geburtenkohorte verstanden. Deren Mitglieder sind im gleichen Zeitraum geboren, haben daher ähnliche Erfahrungen gemacht und wurden durch gleiche gesellschaftliche, politische und ökonomische Ereignisse in ihrer Kindheit und Jugend geprägt. Daraus erwachsen unterschied-

liche Werte und Normen sowie Erwartungshaltungen und Anforderungen gegenüber Führungskräften und Mitarbeitenden, die im dienstlichen Alltag zu teils erheblichem Konfliktpotenzial führen.

Babyboomer

„Leben, um zu arbeiten“ ist das Arbeitsethos, das der Babyboomer-Generation zugeschrieben wird. Sie gelten als pflichtbewusste, dennoch karriereorientierte Arbeitnehmende. Babyboomer versuchen durch qualitativ hochwertige Arbeit den gesellschaftlichen Erwartungen zu entsprechen. Sie sind davon überzeugt, dass sich Fleiß auszahlt und ein gutes und erfolgreiches Leben ermöglichen kann. Diese Generation bevorzugt einen diplomatischen, respektvollen und höflichen Umgangston sowohl innerhalb eines Teams als auch vom Führungspersonal. Entscheidungen trifft diese Alterskohorte nicht emotional, sondern aufgrund rationaler Aspekte. Sie präferieren den demokratischen Führungsstil, eindeutige Strukturen wie Anweisungen und arbeiten gerne im Team. Eine gute Führungskraft verkörpert für sie Seriosität und Ernsthaftigkeit sowohl durch die Art zu handeln als auch im Erscheinungsbild.

Gen X

Das der Gen X nachgesagte Arbeitsethos ist am besten mit dem Satz „Arbeiten, um zu leben“ zu beschreiben. Eine Führungskraft muss sich in deren Augen den erwünschten Respekt verdienen. Als Orientierungspunkte gelten hierfür Professionalität und Fachwissen. Die Beziehung zwischen der Führungskraft und den X-ern sollte vor allem zweckdienlich sein. Bei der Kommunikation mit Führungskräften setzen sie auf Pragmatismus und klare Anweisungen. Sie bevorzugen Flexibilität im Arbeitsalltag, die sie nutzen, um ihren persönlichen Arbeitsprozess noch ökonomischer zu gestalten. Gleiches gilt für die Arbeitsatmosphäre und Teamarbeit. Hier liegt die Konzentration auf Effizienz und Produktivität. Das führt nicht selten dazu, dass die Gen X statt lange über mögliche Entscheidungsmöglichkeiten und verschiedensten Entscheidungsträgern zu diskutieren, gerne eigenständig entscheidet. Diese Generation legt großen Wert darauf, ihre Meinung offen kund tun zu können, ohne dafür Sanktionen erwarten zu müssen. Im Gegenzug ist sie bereit, sich zu fordern und für berufliche Ziele an ihre Grenzen zu gehen.

Gen Y

Der Gen Y wird das Arbeitsethos „Erst leben, dann arbeiten!“ nachgesagt. Was die Ypsiloner motiviert, sind nicht äußerliche Motive wie Geld oder Anerkennung. Sie motivieren sich von innen heraus, zum Beispiel durch das Sinnhafte ihrer Arbeit oder die Selbstverwirklichung ihrer Person. Ihr Beruf sollte bestenfalls ihr persönliches Interesse widerspiegeln und das Ausleben ihrer eigenen Werte und Vorstellungen ermöglichen. Ihre Ansprüche an die Arbeitsatmosphäre und Gestaltung ihres Arbeitsplatzes unterscheiden sich stark von den Vorgängergenerationen. Sie wünschen sich eine Atmosphäre, in der sie sich wohl und aufgehoben fühlen und ein entspanntes Arbeiten möglich ist. Führungspersonal wird von dieser Altersgruppe nicht automatisch geachtet und anerkannt, sondern muss durch Kompetenz und Fachwissen überzeugen. Die Gen Y erwartet eine transparente Kommunikation und möchte sich mit Lösungsansätzen oder

ANZEIGE



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77 % % %

www.fahrzeugkauf.com



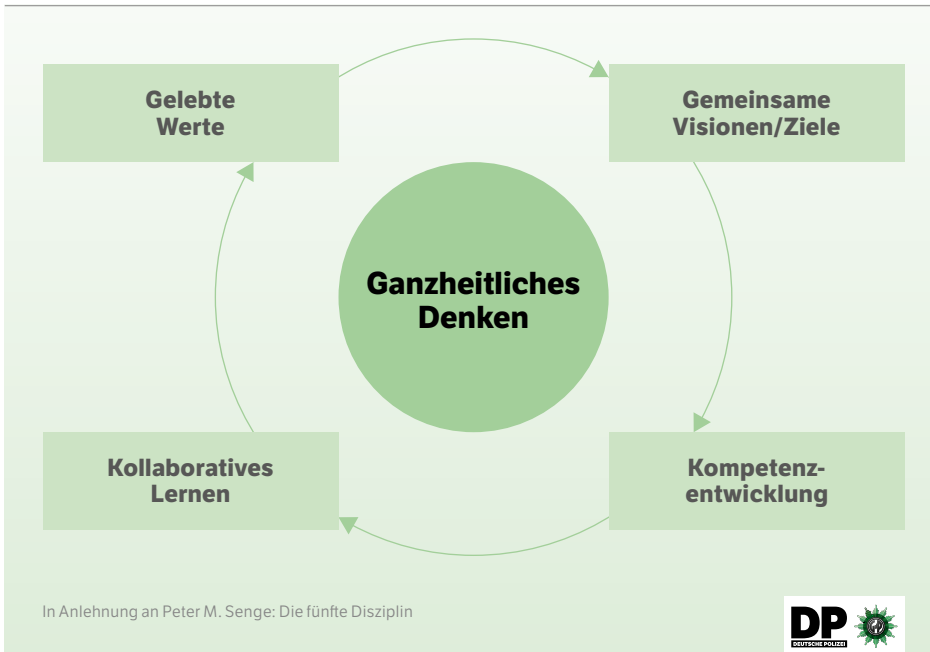
Stephen Köppe ist Leiter Führungsdienst (V) in der Berliner Polizeidirektion 2 (West) im Abschnitt 23. Der 44-jährige Erste Polizeihauptkommissar lehrt zudem an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWE) in Berlin sowie an der Hochschule der Polizei in Brandenburg.

Foto: privat



Prof. Dr. Birgit Wiese ist ehemalige Polizeibeamtin und Professorin an der Fachhochschule Potsdam. Sie engagiert sich im Gesundheitsmanagement der Berliner Polizeidirektion 2 (West) und ist Lehrbeauftragte an der HWR Berlin und HPol Brandenburg.

Foto: privat



Ideen einbringen. Führungskräfte sollten als Vorbilder fungieren und bei Sorgen oder Konflikten Unterstützung bieten.

Gen Z

Die Gen Z sind derzeit die jüngsten Erwerbstätigen im Arbeitsalltag. Von ihnen wissen Wissenschaftler noch nicht viel. Noch lassen sich auch nur grobe Aussagen zum Verhalten und Erwartungen im Arbeitskontext treffen. Zum Arbeitsethos lässt sich jedoch feststellen: Für sie ist Arbeit lediglich ein Teil ihres Lebens. Ihnen kommt es auf ein adäquates Entgelt, einen sicheren Arbeitsplatz sowie authentisches und zuverlässiges Feedback seitens der Vorgesetzten an. Führungskräfte sollten bei der Zusammenarbeit mit Z-Angehörigen besonnen und souverän auftreten. Diese Generation ist wissbegierig und bereit, von berufserfahrenen Teammitgliedern zu lernen, sofern dies auf Augenhöhe geschieht.

Spannungsfelder

Ein besonderes Spannungs- und Konfliktfeld ergibt sich zwischen den Babyboomern und Gen Y. Deren jeweiliges Arbeitsethos steht dem anderen konträr gegenüber: So wird den Babyboomern im Arbeitskon-

text neben anderem eine sehr hohe Einsatzbereitschaft nachgesagt. Hingegen legt die Gen Y sehr viel Wert auf Work-Life-Balance, übermäßige Belastung durch Mehrarbeit sieht sie sehr kritisch. Im Polizeikontext führt dies zu vielfältigen Problemen bei der Personalplanung.

Gleichzeitig bringen die unterschiedlichen Generationen durch ihre verschiedenartige Werteprägung und Lebens- und Berufserfahrung eine große Bandbreite an Handlungsoptionen für den täglichen Polizeidienst mit sich – eine wertvolle Option. Zu klären ist die Frage, wie mit den Spannungs- und Konfliktfeldern, die sich aus den heterogenen Handlungs- und Erwartungshaltungen der Generationen ergeben, effektiv und effizient umgegangen werden kann. Der Blick auf das Konzept der „Lernenden Organisation“ erscheint lohnenswert.

Die lernende Polizei

Eine allgemeingültige Definition zum Begriff der „Lernenden Organisation“ existiert aufgrund variierender Ansätze und Betrachtungsweisen nicht. Grundsätzlich angenommen wird, dass Organisationen durch kontinuierliche Lernprozesse und Anpassungsprozesse Umweltbedingungen entgegenwirken können. Dies geschieht dadurch, dass sich Mitarbeitende in den Or-

ganisationen einzeln und in Gruppen oder Teams qualifizieren. Das erworbene Wissen und die daraus entstehende Kompetenz durchdringen die Organisation und verändern deren Kultur. Lernen in Organisationen bedeutet zudem, dass Erfahrungen ständig überprüft und in ein allgemein zugängliches Wissen übertragen werden, das für den Hauptzweck der Organisation relevant ist. Von Bedeutung ist, dass jedes Organisationsmitglied auch ein Produkt der Denk- und Interaktionsweisen ihrer Mitglieder ist.

Veränderung und Integration: Werteorientierte Führung

Eine werteorientierte Führung sowie die Erkenntnis, dass Mitarbeitenden-Interessen wie die der Organisation zu berücksichtigen sind, sind Voraussetzung einer lernenden Organisation. Daher geht es in einer werteorientierten Organisationsentwicklung und Führung um gemeinsame Kernwerte, die zentralen und individuellen Werte der Organisation, die sich in einem organisationsinternen und -externen Verantwortungsdiskurs herausbilden. Ein Schlüssel ist ein gemeinsames Führungsverständnis, für das gemeinsame Werte und Leitbilder unabdingbar sind und in einem generationsübergreifenden Diskurs ausbalanciert werden müssen.

Die Umgestaltung zu einer lernenden Organisation ist geprägt von einem spannungsvollen Veränderungsprozess, in dessen Verlauf sich die Organisation und ihre Mitarbeitenden zwingend „neu“ definieren. Führungskräfte müssen eine werteorientierte Führung verwirklichen, eine Vertrauenskultur schaffen, halten und die verschiedenen Interessenlagen der in ihren Werthaltungen unterschiedlichen Generationen austarieren. Dies kann gelingen, wenn in den Dienststellen eine lebendigen Diskussions-, Feedback-, Fehler- sowie Problemlösungskultur etabliert wird. Für das Spannungsfeld der Generationen bedeutet dies, die jeweiligen Werthaltungen bewertungsfrei deutlich zu machen, die Stärken der einzelnen Generationen herauszustellen und ein bewusstes voneinander lernen in den Arbeitsalltag, beispielsweise durch generationengemischte Teams im täglichen Dienst sowie in der Führung, zu integrieren. ■

Hingeschaut

KÖRPERLICHE MISSHANDLUNG VON KINDERN

Je jünger, umso akuter gefährdet

Körperliche Misshandlungen von Minderjährigen sind im Polizeidienst kein alltägliches, aber ein präsent Thema. Misshandlungen treten in allen Gesellschaftsschichten und jeder Altersklasse auf. Ein Erfahrungsbericht.

Maximilian Klopff



Hämatom an der Oberschenkelinnenseite.

In der Praxis gestaltet sich die Einschätzung einer Misshandlung häufig komplex, da sie von diversen Faktoren beeinflusst wird. Die meisten Fälle stellen keine einfach aufzuklärenden Situationen dar, in denen der Nachweis einer Misshandlung führbar ist. Das Problem der Aufklärung liegt primär oft schon darin, dass eine Vielzahl der Opfer aufgrund ihres jungen Alters nur schwer oder gar nicht artikulieren kann, was ihnen widerfahren

ist. Stammen die Täter aus dem sozialen Umfeld der Kinder, verschweigen diese die Taten häufig oder nehmen bei Ansprache die Täter in Schutz.

Dabei gilt es grundsätzlich, vorsätzliches Handeln von zufälligen Ereignissen abzugrenzen. Diese sind gerade im Kindesalter nicht selten. Erfahrungsgemäß kann es zu einer enormen Bandbreite unfallbedingter Verletzungen kommen, darunter beispielsweise Stürze und Verbrennungen.

Passen die Schilderungen zur Entstehungsgeschichte?

Am Anfang der Gefährdungseinschätzung stehen die Angaben der Beteiligten, Achtung:

- ▶ Passt die Schilderung der Entstehungsgeschichte der Verletzung zum Entwicklungsstand des Kindes? Ein 70 Zentimeter großes Kind wird nicht auf eine Herdplatte in 120 Zentimeter Höhe gegriffen haben.
- ▶ Sind Verletzungen vorhanden, die nicht zum eigentlichen Einsatzgrund passen? Zum Beispiel Hämatome an den Innenseiten der Oberschenkel bei einem Verkehrsunfall.
- ▶ Die Eltern beziehungsweise betroffene Personen liefern unterschiedliche beziehungsweise widersprüchliche Erklärungen zur Entstehung der Verletzungen.
- ▶ Eine auffällig lange Zeit bis zum Notruf.

Daneben bieten körperliche Spuren direkte Hinweise auf ein mögliches Misshandlungsgeschehen:

Hämatome sind je nach Art, Form und Lokalisation Hinweise auf Misshandlungen. Bei der Lokalisation ist zu beachten, dass diese bei einem akzidentellen, also eher zufälligen Ereignis an jeder Stelle des Körpers auftreten können. Jedoch ist eine solche Entstehung an Körperstellen wie den Genitalien deutlich unwahrscheinlicher als an anderen. Von Bedeutung ist hier die Plausibilität des geschilderten Unfallhergangs.

Die Form der Hämatome bietet deutliche Rückschlüsse auf mögliche Misshandlungen:

- ▶ **Geformte Hämatome:** Diese geben eine Rückschlussmöglichkeit auf eventuell genutzte Gegenstände, so etwa Striemen durch Schläge mit Kabeln.
- ▶ **Bissspuren:** Diese erscheinen als bogenförmige, einander zugewandte Hämatome.
- ▶ **Verfärbung der Hämatome:** Eine klare „Altersbestimmung“ des Hämatoms ist nicht möglich, jedoch lassen verschiedene Farben der Hämatome den Rückschluss darauf, dass diese zu unterschiedlichen Zeiten entstanden sind. Eine Gelbfärbung des Hämatoms spricht etwa für eine mehr als einen Tag alte Verletzung.

POLIZEILICHE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Ein Praxisleitfaden für den Weg zu zeitgemäßer PR

Von **Jan Schabacker**.

1. Auflage 2020

Umfang: 192 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 26,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0865-6

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 19,99 € [D]

Das Geiseldrama von Gladbeck 1988 und der Amoklauf von München 2016. Zwei einschneidende Ereignisse der deutschen Geschichte, hautnah von Polizei, Journalisten und der Öffentlichkeit in Wort, Bild und Ton begleitet, die deutlich aufzeigen, welche medialen Entwicklungen zwischenzeitlich stattgefunden haben und mit welchen Anforderungen und Herausforderungen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei mittlerweile konfrontiert wird. Denn Digitale Revolution, das Internet und nicht zuletzt Social-Media-Kanäle stellen die klassische Trennung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch innerhalb der Polizei mehr als in Frage.

Der Autor dieses Buches trägt diesen Entwicklungen Rechnung und legt ein Werk vor, das den Leser in die Lage versetzt, für die Polizei das zu tun, was heutzutage notwendig ist: Public Relations aus einem Guss zu betreiben und Themen mit guten Botschaften, Bildern, Audios und Videos auf unterschiedlichen Kanälen nach innen wie nach außen zu platzieren. Der Leitfaden als Handwerkszeug hilft dabei, Public Relation crossmedial zu denken und alle Kommunikationskanäle professionell zu bedienen und zu nutzen.



DER AUTOR

*Jan Schabacker, EPHK, Leiter der Pressestelle
LZPD NRW, Pressesprecher.*



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



DP-Autor Maximilian Klopf ist seit März 2020 bei der bayerischen Polizei. Vor seinem Wechsel studierte er Soziale Arbeit und war im Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes mit dem Schwerpunkt Kindeswohlgefährdung und Misshandlungen tätig. Berufsbegleitend belegte er den Masterstudiengang Sozialmanagement. Er bezeichnet sich als „Spätberufener“ im Polizeidienst, den Wechsel als lohnenswertes Wagnis.

Foto: privat

Petechien sind ein weiterer Ansatzpunkt in der Aufklärung von Misshandlungen. Dabei handelt es sich um punktförmige Einblutungen, die zum Beispiel durch Würgen, Thoraxkompressionen oder anhaltendem Erbrechen entstehen. Sie können an den Augenlidern, hinter den Ohren und an den Mundschleimhäuten auftreten.

Verbrennungen

- **Kontaktverbrennungen** sind scharf begrenzte Verletzungen, teils auch geometrische Muster (zum Beispiel Heizlüftergitter), die durch den auslösenden Gegenstand verursacht wurden. Eine immer wiederkehrende Form stellt die Verletzung durch ausgedrückte Zigaretten dar. Dabei handelt es sich um rundliche bis ovale etwa fünf bis acht Millimeter durchmessende Verbrennungen. Das Verletzungsbild kann abweichen, wenn etwa die Zigarette mehrfach aufgedrückt wurde.
- **Verbrühungen** treten bei circa 15 Prozent der Opfer von Misshandlungen auf. Dabei wird die Mehrzahl durch Eintauchen

in heiße Flüssigkeit verursacht. Derartige Verletzungen sind dann verdächtig, wenn sie geradlinig begrenzt sind. Also kein unregelmäßiger Rand oder spritzerartige Verbrühungen in der Umgebung vorliegen. Bei den zufälligen Verbrühungen handelt es sich meist um ein Übergießen (Kind zieht heiße Teetasse vom Tisch). Eine Besonderheit stellen auch Verbrühungen der Mundschleimhaut dar, die durch das Zuführen heißer Flüssigkeiten beim Füttern entstehen.

Häufig Überschussreaktionen

Einige der häufigsten Erkennungsmerkmale körperlicher Misshandlung sind genannt. In ihrer Begehungsform ist diese jedoch de facto unbegrenzt. Sie bieten damit lediglich eine Handlungshilfe. Häufig entstehen Misshandlungen aus „Überschussreaktionen“ als Zeichen der Überforderung. Auf dementsprechende Signale der Sorgeberechtigten und Betroffenen gilt es ebenfalls verstärkt zu achten.

Natürlich muss es sich bei den Tätern nicht zwangsläufig um das soziale Umfeld

handeln. Als verdächtig kommt auch das Personal von Einrichtungen und andere Minderjährige in Betracht. Gerade Handlungen durch Altersgenossen sind keinesfalls unüblich und sollten in den Ausführungsformen nicht unterschätzt werden.

Als Faustformel, wie akut eine solche Misshandlung einzuschätzen ist, lässt sich festhalten: Je jünger die Betroffenen sind, umso akuter sind sie gefährdet. In den ersten Lebensjahren sterben mehr Kinder in Folge von Misshandlungen als in jedem anderen Alter. Statistisch betrachtet ereignen sich 77 Prozent aller misshandlungsbedingten Todesfälle in den ersten 48 Lebensmonaten.

Somit bleibt nur jeder Kollegin und jedem Kollegen zu wünschen, am besten nie mit dieser Deliktsform konfrontiert zu werden. Doch für den „Ernstfall“ bleibt festzuhalten, dass gerade wir als Polizeibeamtinnen und -beamte über das berufliche Fachwissen und die Expertise verfügen, Misshandlungen beziehungsweise Verdachtsmomente zu erkennen und zu handeln. ■

ANZEIGEN

REISEMARKT

www.Polizeifeste.de
Alle Polizeifeste auf einen Blick



Action mit wasser·c·raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyon-tour €/Person 126,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



SOMMER ALL IN ONE PAUSCHALE

1 Woche Halbpension & Silvrettarcard **ab € 469,-**

KOSTENLOS INKLUSIVE
Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta,
Wanderbus, geführte Wanderungen,
MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness
mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder
& Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.

BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

www.postsee.at info@postsee.at

POST HOTEL
★★★★
Familie Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219



Hingeschaut



DP-Autor
Prof. Dr. Stefan
Goertz

Foto: M. Frauenkron



Besucher des „Schild und Schwert“-Festivals im sächsischen Ostritz im Frühsommer 2019.

RECHTSEXTREMISMUS

Radikalisierungsfaktor Musik

Musikveranstaltungen sind wichtig für die rechtsextreme Szene hierzulande. Liedtexte verbreiten menschenverachtende Ansichten, festigen Feindbilder und Ideologien. Die Teilnahme stiftet Identität und gibt ein Gefühl der Stärke. Es sind Orte rechtsextremer Radikalisierung, weiß DP-Autor Prof. Dr. Stefan Goertz.

Prof. Dr. Stefan Goertz

Rechtsextreme Liedtexte beinhalten oftmals Aufrufe zum „Kampf gegen die bestehende Ordnung“. Gemeint ist der freiheitliche demokratische Rechtsstaat. Ebenso werden Verschwörungsmymen verbreitet. Es wird gegen Feindbilder gehetzt, vor allem gegen Geflüchtete, Migranten, Juden, die USA, Homosexuelle und „Linke“. Textliche Gewaltaufrufe belegen den extremen Charakter zumindest von Teilen dieser Musikszene. Zu plastisch

lassen es die Texter jedoch nicht mehr so oft angehen. Sie wissen um mögliche rechtliche Folgen. Alternativ erschaffen sie in ihren Zeilen eine feindselige Atmosphäre, in der Feindbilder nicht benannt, auf sie jedoch deutlich angespielt wird. Enthalten sind zudem gewaltverherrlichende Passagen sowie allgemeine Bekenntnisse zu „Kampf und Krieg“ und die Wiedergabe von Liedern oder Gedichten aus dem Nationalsozialismus.

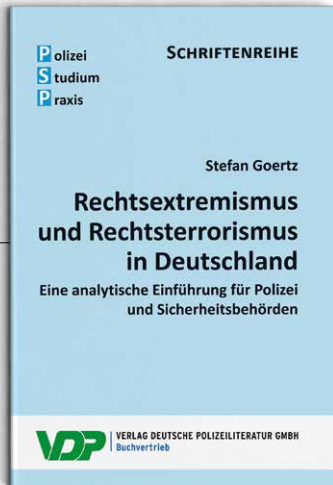
Unsäglicher Hass

Die Band „Kaltes Judenleder“ hetzte: „Beim nächsten Mal sind wir Ehrengäste, denn da verbrennen wir Judenreste. Die Schwulen hätten wir doch fast vergessen. Wir lassen sie unsere Scheiße fressen.“ Deren Nachfolgerformation „Blutkult“ trat 2019 beim „Hot Shower Festival“, eine kaum versteckte Anspielung auf die Gaskammern des Holocausts, in Mailand auf. Einige Albentitel sprechen für sich: „Der Stürmer“, „Honour Him“ (auf dem Cover prangen zwei große H) und „Der Geist der Vergangenheit“. Songs lauten: „Warte Germane, Warte!“, „A.C.A.B.“, „Wir marschieren“, „Die letzten wahren deutschen Ritter“, „Machtergreifung“, „Kampf der Blutsünde“ und „Der Herrscher kehrt zurück“.

Auch die Brandenburger Band „Frontfeuer“ geht textlich keine Umwege. „Schwarz ist die Nacht, in der wir euch kriegen! Weiß sind die Männer, die für Deutschland siegen! Rot ist das Blut, auf dem Asphalt“ erschallte auf dem Konzert „Rock für Deutschland“, organisiert von der NPD am 6. Juli 2013. Dieses Bekenntnis zu rechtsextremer Gewalt und Rassismus stammt im Original von der Cottbusser Gruppe „Frontalkraft“, einer der ältesten Szene-Musikgruppen hierzulande. Im Laufe der letzten Jahre gab die Band mehr als 120 Konzerte und trat dabei auch in Frankreich, der Schweiz, Tschechien, Österreich und Spanien auf.

Untergrundproduktionen

Unverhohlener Judenhass und die Androhung sowie Aufrufe zu Gewalt und Mord sind meist textlicher Bestandteil sogenannter Untergrundproduktionen. Daneben wird Musik im Eigenvertrieb und kleiner Auflage exklusiv bekannten Käufern angeboten. Die Auflage liegt in der Regel im mittleren vierstelligen Bereich. Die Band „Kraftschlag“ leugnete in den 1990er-Jahren mit dem Lied „Sechs-Millionen-Lüge“ öffentlich den Holocaust. Die CD „Milliarden Leichen für den Endsieg“ der Gruppe „14Winterkampf88“ wurde 2016 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert und als volksverhetzend eingestuft. Mehrere Ressentiments und antisemitische Chiffren werden in Texten kombiniert. Gegen die an-



Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland, PSP Schriftenreihe, Stefan Goertz

VDP, 1. Auflage 2021, 192 Seiten, 20 Euro, ISBN 978-3-8011-0899-1

gebliche „jüdische Besatzung“, das Schüren weltweiter Kriege oder verdeckte Machtausübung wird offensiv zum Kampf aufgerufen.

Jenseits der Grenzen

Liedtexte von „Landsr“, „Stahlgewitter“ und „Skrewdriver“ werden als „Musik gewordener Springerstiefel-Sound“ der 1990er-Jahre bezeichnet. Darunter sind Lieder, die längst indiziert und deren Verbreitung in Deutschland damit verboten sind. Zu finden sind sie dennoch: Zum Beispiel auf „SoundCloud“. Der Anbieter bezeichnet sich selbst als weltweit größte offene Audioplattform. SoundCloud und die Werbepartnerschaft AdsWizz erreichen nach eigenen Angaben jeden Monat über 100 Millionen individuelle Geräte von Usern auf der ganzen Welt. Daneben finden sich dort neue Inhalte der Alt-Right-Szene aus den USA.

Unterschiedliche internationale Gesetzgebungen erlauben es neonazistischen Rockbands ihre CDs mit strafrechtlich relevanten Inhalten bei Musikverlagen im Ausland zu veröffentlichen. So erschienen zum Beispiel Tonträger der Brandenburger Band „Hassgesang“ beim US-amerikanischen Label „Micetrap“. Solche CDs können bis heute relativ einfach aus dem Ausland bezogen werden. Ein Beispiel: Das italienische Label und der Versand „Blackshirt Records“ vertreiben in Deutschland verbotene CDs von „Hassgesang“ oder der deutschen Band „Hate Society“. Gegen beide liegen Beschlagnahmebeschlüsse vor.

Rechtskonzerte

Die Rechts-Rock-Szene ist gut vernetzt und eröffnet lukrative Einnahmequellen sowohl für Musikverlage als auch für Organisationen wie Blood & Honour oder neonazistische „Kameradschaften“. In keinem anderen Bereich des Rechtsextremismus haben

internationale Verbindungen größere Relevanz als bei der sogenannte White-Power-Music, hinter der die Idee einer vermeintlichen Überlegenheit der weißen Rasse steht. Diese Ideologie vereint Rechtsextremisten weltweit. Pandemiebedingt sank die Zahl rechtsextremer Musikveranstaltungen auf 141 im vergangenen Jahr. 2019 waren es noch 311. Experten prognostizieren eine erneute Zunahme bei weiterem Abflauen der Corona-Maßnahmen.

Rechtsextremer Rap und Hip-Hop

Rechtsextremer Rap und Hip-Hop hat innerhalb der Szene in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Akteure des „Heimat-Rap“ oder des „patriotischem Rap“ setzen als „Neuer deutsche Standard (NDS)“ den Verfassungsschutzbehörden zufolge vor allem auf Themen wie Heimat, Asyl und Migration. Viele Passagen weisen eine Überhöhung nationaler Identität und verbale Aggressivität auf. Rechtsextremer Rap und Hip-Hop ermöglichen als emotionaler „Türöffner“, die ideologischen Vorstellungen der Neuen Rechten einem breiten Personenkreis – überwiegend Jugendlichen und jungen Erwachsenen – zugänglich zu machen.

Im Liedtext zu „Defend Europe“ von „Chris Ares“ aus dem Jahr 2019 zeigen sich exemplarisch Gewaltaffinität und Bezüge zu ideologischen Kernmerkmalen der „Identitären Bewegung Deutschland“ (IBD): „Übernehmen jedes Land, das ist die Rückkehr der Germanen Ja, wir opfern unser Dasein nur aus Rücksicht auf die Ahnen Eure vollvermummten Punkvisagen werden mittels Panzerwagen durch das ganze Land gejagt um euch Maden dann anzuklagen (...) Festung Europa, macht die deutschen Grenzen zu! This is for my people, for my country, for my daughter Fuck the new world order Stop the migrants, close the German border!“.

Das Debütalbum von „Chris Ares“ lag bereits wenige Tage nach der Veröffentlichung auf Platz 1 der Download-Plattform iTunes, bevor es von den meisten kommerziellen Anbietern gelöscht wurde. Weil „Chris Ares“ gegen Hassrede-Richtlinien verstieß, sperrte YouTube im Sommer 2020 sein Konto und damit rund 80.000 Abonnenten aus. Auch Spotify und Amazon entfernten die Musik von ihren Plattformen. ■



Nr. 8 | 70. Jahrgang 2021 Magazin und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 2,80 € zzgl. Zustellgebühr
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
Wolfgang Schönwald (wsd), Ständiger Vertreter
Danica Bensmail (dab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

katatonia/stock.adobe.com

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – Deutsche Polizei veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 44 vom 1. Januar 2021.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

189.906 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbekontakt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

AUSLÄNDERRECHT/FÄLLE ZUM AUSLÄNDERRECHT

Von **Tilmann Schott-Mehring**s.

Ausländerrecht für die Polizei

Grundlagen des Visa-, Einreise- und Asylsystems sowie des Aufenthaltsrechts

2. Auflage 2020

Umfang: 343 Seiten / **Format:** 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 22,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0883-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 19,99 € [D]

Fälle zum Ausländerrecht für die Polizei

Nach Aufgriffslagen geordnet

Mit Lösungsvorschlägen und Aufbauschemata

1. Auflage 2019

Umfang: 168 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0863-2

Ausländerrecht für die Polizei

Nach den Ereignissen um die Flüchtlingsbewegungen im Herbst 2015, die das Aufenthalts- und Asylrecht in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt haben, schloss sich mit der COVID-19-Pandemie ein weiteres Ereignis an, das ebenfalls Auswirkungen für eine Vielzahl von Behörden wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörden, die Bundespolizei, die Landespolizeibehörden und den Zoll hat.

Dieses Buch richtet sich an die Praktiker in den genannten Behörden und liefert ihnen einen kompakten Überblick über die bestehenden gesetzlichen Rechtsgrundlagen.

Fälle zum Ausländerrecht für die Polizei

Dieses Buch behandelt 35 praxisrelevante Fallkonstellationen aus dem polizeilichen Alltag, die vorrangig zur Vorbereitung auf die Prüfung im mittleren und gehobenen Dienst dienen. Die Fälle sind geordnet nach der Vorlagesituation in der Reihenfolge der üblicherweise zu prüfenden Einreisevoraussetzungen und gliedern sich in sechs Sachgebiete.

Je nach Eignung des Sachverhalts stellt der Autor unter Verwendung von original behördlichen Pass-, Visa- und Aufenthaltstitelmustern die Lösungs- und Entscheidungsvorschläge zu den Fällen im Gutachten- oder im Feststellungsstil dar.



DER AUTOR

Prof. Dr. Tilmann Schott-Mehring, ist als Dozent an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundespolizei, verantwortlich für Aufenthalts-, Pass- und Asylrecht, Korruptionsdelikte sowie Waffenrecht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

DIE CLICKSAFE COLLECTION

Sicherer Schutz für Kreditkarten und Ausweise

Es handelt sich hierbei um einen Aluminiumkartenhalter mit einem Auslösemechanismus, der durch einfachen Click die innenliegenden Karten hervorbringt. Dieser sogenannte Aluminiumtresor ist ein RFID Safe, die Daten der Karten sind geschützt und nicht auslesbar! Sicher vor Identitätsdiebstahl, ungewollten Abbuchungen, auslesen von Daten, sowie mechanischem Biegen, verkratzen und brechen.



CLICKSAFE Tresor

Hochwertiger Karten-Tresor für bis zu acht Karten.
Material: Aluminium.
Maße: ca. 8 x 6,5 x 1,5 cm

250008 Aluminium silber

250108 Aluminium schwarz

☀ 13,95 € 17,50 €



CLICKSAFE Börse

Die konsequente Weiterentwicklung der klassischen Geldbörse. Neben dem Münzfach verfügt die Clicksafe Börse über ein Scheinfach sowie ein zusätzliches Fach für Kredit- oder Visitenkarten. Ebenfalls ist die Börse mit dem RFID Clicksafe Tresor ausgestattet.
Material: PU, PU Carbon oder Nappa Leder. Farbe: Schwarz.
Maße: ca. 10 x 6,5 x 2,5 cm

250308 Börse PU

250408 Börse PU Carbon

☀ 18,95 € 23,95 €

250208 Börse Nappa Leder

☀ 23,95 € 29,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 309 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.08.2021!

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 4,95 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de